1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

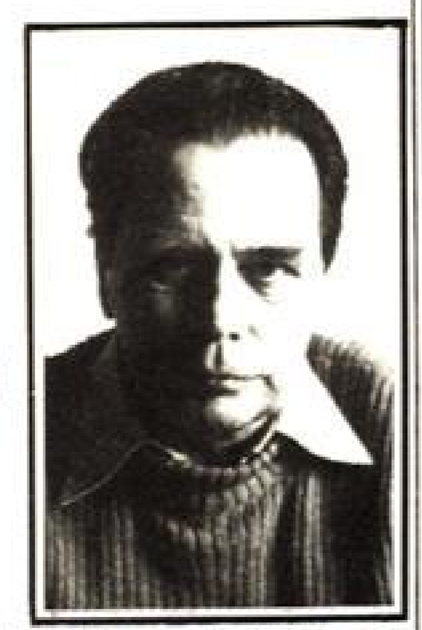
ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 35 vom 30. August 1985 19. Jahrgang 1 DM

Diese Woche

Wir trauern um Genossen Ernst Aust



Genosse Ernst Aust ist tot. Er verstarb für uns völlig unerwartet am 25. August. Mit ihm verliert unsere Partei den Genossen, der wie kein anderer ihre Entwicklung geprägt hat.

Das Zentralkomitee der KPD spricht der Genossin Waltraud Aust, der Ehefrau und engsten Kampfgefährtin des Genossen Ernst, sein tiefes Mitgefühl aus.

Genosse Ernst Aust führte den Kampf zur Sammlung der Marxisten-Leninisten in der alten, revisionistischen KPD.

In diesem Kampf rief Genosse Ernst Aust mit dem „Roten Morgen" die erste Zeitschrift ins Leben, die nach dem KPD-Verbot in der Bundesrepublik offen für die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats eintrat.

Genosse Ernst Aust führte den Kampf zur Gründung unserer Partei. Ohne seinen entscheidenden Beitrag wäre es zur Jahreswende 1968/69 nicht zur Gründung der KPD/ML gekommen.

Ende 1971 wurde Genosse Ernst Aust zum Vorsitzenden unserer Partei gewählt. Er stand bis zum V. Parteitag Ende 1983, auf dem er nicht wieder für das Amt des Parteivorsitzenden kandidierte, an der Spitze unserer Partei.

In all diesen Jahren ist der Name des Genossen Aust untrennbar mit dem Kampf unserer Partei verbunden, mit ihren Bemühungen, eine den konkreten Bedingungen unseres Landes entsprechende revolutionäre Tätigkeit in der Arbeiterbewegung zu entwickeln, wozu untrennbar auch der Kampf zur Überwindung politischer und ideologischer Fehlentwicklungen der Partei selbst gehörte.

Seit dem 5. Parteitag, vor allem seit Beginn der Diskussion über ein neues Parteiprogramm, stand Genosse Ernst Aust in scharfem Widerspruch zur Position des Zentralkomitees. Er lehnte den vom Zentralkomitee vorgelegten Entwurf für ein neues Parteiprogramm als revisionistisch ab und trat aus dem Zentralkomitee der Partei aus. Seitdem setzte er sich vor allem für die Stärkung dieser Position in unserer Partei ein.

Genosse Ernst Aust hat seit seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft ununterbrochen für den Kommunismus gekämpft. Was er tat, tat er stets aus der Überzeugung heraus, daß es notwendig war, um der Arbeiterklasse zum Sieg über ihre kapitalistischen Ausbeuter und Unterdrücker zu verhelfen.

Anfeindungen von allen Seiten, Niederlagen und Rückschläge, erst recht nicht Verfolgung seitens der herrschenden Klasse konnten diese revolutionäre Haltung des Genossen Enst erschüttern.

Es gibt nur sehr wenige, über die sich Gleiches sagen ließe.

Dieser großen revolutionären Lebensleistung des Genossen Ernst Aust wird unsere Partei stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Zentralkomitee der KPD

Die Beerdigung des Genossen Ernst Aust findet am Samstag, dem 31. August um 14.00 Uhr in Müden/Aller (Niedersachsen) statt.

Dem Zentralkomitee der KPD wurde übermittelt, daß es der Wunsch der Genossin Waltraut Aust ist, daß die KPD, insbesondere ihr Zentralkomitee und Politbüro, nicht offiziell an den Trauerfeierlichkeiten teilnehmen. Wir bedauern das, sehen uns aber gezwungen, diesen Wunsch zu respektieren. Wir meinen aber, daß möglichst viele Genossinnen und Genossen dem Genossen Ernst Aust die letzte Ehre erweisen sollten.

Weirichs Freiheit

Der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kündigte in der vergangenen Woche gerichtliche Schritte gegen die sozialdemokratischen Landesregierungen von Hessen und NRW an. Mit ihrenGesetzen, so Weirich, verstoßen diese Landesregierungen gegen die Informationsfreiheit, die verfassungsmäßig garantiert sei.

Sein Hauptvorwurf: Börner und Rau behinderten die Entfaltung der privaten Anbieter. Ein Vorwurf, der höchstens mit äußerst großen Einschränkungen — vor allem in bezug auf NRW — eine gewisse Gültigkeit hat.

CDU und CSU als Verteidiger der Pressefreiheit, der Medienfreiheit? Der Bock als Gärtner? Es ist doch eine Tatsache, daß gerade von diesen Parteien nahezu täglich Vorstöße gegen irgendwelche öffentliche Äußerungen vorgenommen werden: Sei es gegen Fernsehmagazine, gegen satirische Beiträge oder gegen Berichte über ihre ständigen Korruptionsaffären.

Eine freie Medienlandschaft kann es also wohl nicht sein, die der Herr Weirich da anstrebt. Was um so deutlicher wird, wenn man sich nochmals daran erinnert, wer denn die armen, ach so benachteiligten „freien" Anbieter sind: Bertelsmann, Springer und Co. Die ohnehin schon beträchtlich am Geschäft mit den öffentlich-rechtlich organisierten Anstalten beteiligt sind.

Wem es um wirkliche „Pressefreiheit" geht, der kann nicht darauf setzen, daß die großen kapitalistischen Medienkonzerne noch besser ins Geschäft kommen. Wem es darum geht, der muß dafür eintreten, daß in den bestehenden Anstalten die Vorzensur entfällt, der Würgestrick von Proporz und religiösem Aberglauben durchschnitten wird — das ist der Weg zu einer freieren Berichterstattung.

Aber es geht Herrn Weirich ums große Geld, und da mag der Weg über die Richterschaft erfolgversprechend sein.

Zum Antikriegstag '85:

Für einseitige Abrüstung und NATO-Austritt

Ein Flugblatt der KPD mit dieser Überschrift wird von der Partei in diesen Tagen verbreitet. Hiermit wollen wir unsere Leser nochmals aufrufen, sich an den zahlreichen Aktivitäten quer durchs Land an diesem Wochenende zu beteiligen. Folgendermaßen werden die politischen Auffassungen der KPD zum Kampf für die Erhaltung des Friedens in dem zentralen Flugblatt zusammengefaßt:

Die Friedensbewegung hat an Stärke und Mobilisierungsfähigkeit verloren. Das gilt nicht nur für Großaktionen, sondern auch im öffentlichen Bewußtsein. Hielten noch 1981 — als Reagan das Ende des Kapitels „Kommunismus" ankündigte 32 Prozent der EG-Bürger einen neuen Weltkrieg für wahrscheinlich, so sind es heute nur noch 14 Prozent. Den Tatsachen angemessen ist dies keineswegs.

Heute sind Pershing II und Cruise Missiles (Cruise Missiles sollen ab 86 in der BRD stationiert werden) schon fast kein Thema mehr. Aber wenn es wahr war, was wir jahrelang in der Mobilisierung gegen diese Waffen behauptet haben, nämlich, daß sie die Kriegsgefahr in Mitteleuropa entscheidend verschärfen — und es war und ist wahr —, dann beginnen wir uns, an diese gefährliche Situation zu gewöhnen. Zum Guten hat sich seit Beginn der Stationierung nichts geändert: die US-Weltraumpläne (SDI), die Einführung offen aggressiver Militärdoktrinen der NATO wie Air-Land-Battle und „Schlag in die Tiefe" (FOFA), die konventionelle Aufrüstung im Rahmen des Bundeswehrplanes 85—97 kennzeichnen eine Entwicklung zur Erlangung einer umfassenden militärischen Erstschlagsfähigkeit. Und wer die möglichen Auslöser für einen globalen Krieg überdenkt (mitnichten Computerfehler, sondern viel

Fortsetzung auf Seite 2



Spione-Hysterie

Die serienmäßige Enttarnung (oder auch nicht) tatsächlicher, vermeintlicher oder auch nur möglicher DDR-Spione in Bonn hat bisher im wesentlichen zu zwei Reaktionen geführt: Entsetzen und Schadenfreude. Beides erscheint unangebracht.

Natürlich: Zimmermann und seine CSU-Riege im Innenministerium solcher art geleimt zu sehen, da kommt spontan Freude auf. „Old Schwurehand" diesmal der Betrogene — es liegt nahe.

Zu erwarten: Das war die Reaktion der — vor allem — Rechten in der SPD-Bundestagsfraktion, die sofort auf „mangelnde Sicherheit" unseres Landes schlossen (verhaltener zwar als es die CDU im umgekehrten Fall getan hätte, aber mit derselben Stoßrichtung).

Die spontane Schadenfreude erscheint unangebracht in Anbetracht dessen, was heute schon als mögliche Konsequenzen in die Debatte geworfen wird. Offensichtlich meinen die Zimmermänner (und so ganz unrecht werden sie damit nicht haben) daß dieses Ballett der Spione einen guten Nährboden abgeben müßte für die Popularisierung ihrer alten Ziele in bezug auf weiter verschärftes Melderecht, maschinenlesbaren Personalausweis und andere Dinge aus der reaktionären Spezialitätenküche.

Es steht jedenfalls mit erheblicher Wahrscheinlichkeit eine entsprechende „Sicherheitskampagne" der reaktionärsten Kräfte an. Und warum sollte man entsetzt sein? Kann eigentlich irgendein fortschrittlich gesinnter Mensch in diesem Lande Kohls ein Interesse daran haben, daß es funktionierende Geheimdienste gibt? Ist es nicht vielmehr so, daß sie in all den Jahren mit den Schnüffelpraktiken rund um die Berufsverbote (und in vielen anderen Fällen mehr) viel zu gut funktioniert haben? Daß sie immer eine Waffe waren zur Unterdrückung und Einschüchterung von Protest und Widerstand?

Fortsetzung auf Seite 2

Spione-Hysterie in Bonn

Fortsetzung von Seite 1

Nein: Weder für Freude noch für Entsetzen gibt es ernsthaft einen Grund. Auch nicht das Bild des angstschlotternden Westagenten in der DDR ist Grund für eine Bewertung hauptsächlich in dieser Art.



Der Mann, dessen Verschwinden die Hysterie aufbrachte: Tiedge

Westagenten, Ostagenten — es erscheint in den regierungsoffiziellen Darstellungen selbstverständlich, daß es sie gibt. Wie mit ihnen gegenseitig umgegangen wird signalisiert jeweils, wie die Beziehungen zwischen den betreffenden Staaten stehen.

Der revolutionäre Standpunkt dazu erscheint ebenso einfach wie alt (und manche werden ihn sicher zur eigenen Verteidigung schnell „utopisch" nennen): Warum muß eine Regierung überhaupt Geheimnisse haben? Welche und vor wem? Schluß mit der Geheimdiplomatie zu machen, war lange eine der Grundforderungen der revolutionären Arbeiterbewegung. Und dies betraf auch — und gerade — den gesamten militärischen Bereich. Eine solche Politik macht Spionage überflüssig.

Denn niemand kann ja ernsthaft behaupten, daß Spionageeinsätze dazu dienen würden, den Frieden sicherer zu machen, umgekehrt wird ein Schuh daraus: Die permanente Konfrontation erweist sich real weit eher als ein Moment zur Anspannung von Beziehungen, als ein Teil der Politik Überlegenheit zu gewinnen. Oft genug entwickelt sich daraus zudem, wie in diesen Tagen, ein bestimmter „Selbstlauf" der keineswegs zum Nutzen friedlicher und fortschrittlicher Bestrebungen abrollt.

Wenn schon Raketenstellungen, die auf Flugblättern wiedergegeben werden und auch die Veröffentlichung der Lagerungspunkte chemischer Waffen dazu führen, daß die Verantwortlichen für solche Blätter wegen „Landesverrats" oder ähnlicher Delikte belangt werden sollen, wenn da diese Dienste hektisch aktiv werden, dann zeigt es sich sehr deutlich, daß es die geheimgehaltenen reaktionären Maßnahmen sind, die vor allem vor dem Licht der Öffentlichkeit „geschützt" werden sollen.

Die jetzigen Debatten und Vorstöße sind weitgehend identisch mit jenen über den Militärischen Abschirmdienst (MAD) im Zusammenhang mit dem damaligen „Fall Kießling". Auch damals wurde der MAD, auch in regierungskritischer Presse usw. als mehr oder minder unfähig dargestellt, obwohl jeder aktive fortschrittliche Wehrpflichtige darüber ein anderes Lied singen konnte.

Für einseitige Abrüstung und NATO-Austritt

Fortsetzung von Seite 1

eher Konflikte und Kriege um Einflußsphären in der „dritten Welt") der kann auch keine „Entspannung" entdecken: immer unverhohlener betreiben die USA den Sturz der demokratischen Regierung in Nicaragua.

„Neue Entspannungspolitik — eine alte Sackgasse"

Vom DGB als Vertretung von über 8 Millionen abhängig Beschäftigter darf man in dieser Situation ein klares Nein zum Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung und der sie tragenden kapitalistischen Kreise erwarten. Die Aufrüstung trifft die Gewerkschaften in ihrem ureigenen Aktionsfeld. Rüstung wird durch Sozialabbau finanziert. Statt einer Verstärkung des Widerstands erleben wir aber zur Zeit — auch politisch — seine Abschwächung. Eine starke Strömung in der Friedensbewegung und mit ihr der Bundesvorstand des DGB orientiert auf „erfolgreiche Verhandlungen in Genf" und eine „neue Entspannungspolitik". Diese Orientierung könnte aber das langfristige „Aus" für die Bewegung bedeuten; denn: Wir waren nur stark, weil wir unabhängig von stattfindenden oder nicht stattfindenden Verhandlungen einen Aufrüstungsstopp bei uns forderten, Druck auf die eigene Regierung ausübten. Zum anderen: aus der ganzen „Entspannungsära" der 70er ist nachweislich kein einziger Abrüstungsschritt, noch nicht eimal ein Rüstungsstopp, sondern abgestimmte Aufrüstung herausgekommen. Es ist nicht ersichtlich, daß diesmal — bestenfalls — mehr dabei herauskommen könnte. Kurz und gut: Wir plädieren für die Wiederaufnahme und Verstärkung des „Drucks von unten", für eine starke unabhängige Friedensbewegung, die sich weder durch eine Orientierung auf Genf noch auf eine neue Bundesregierung ab 87 mißbrauchen läßt.

Für einseitige Abrüstung und Schwächung der NATO

Eine unabhängige Friedensbewegung muß heute für folgende Positionen Druck erzeugen:

• Stopp der Stationierung von Pershing II und Abbau der bereits stationierten Systeme. Keine Stationierung von Cruise Missiles. Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen von bundesdeutschem Boden, unabhängig von entsprechenden Schritten des Warschauer Vertrags.

• Keine Beteiligung der BRD an SDI! Das US-Weltraumprogramm ist keine Verteidigungsinitiative. Ein tatsächlicher Schutz gegen einen direkten Schwarm gegnerischer Interkontinentalraketen ist technisch unmöglich. Der geplante „Schutzschild" ergibt nur dann einen Sinn, wenn die Raketen der SU durch einen Erstschlag schon erheblich dezimiert sind. Militärstrategisch ist SDI also eine langfristige Vervollständigung der Erschlagsfähigkeit der NATO. Wirtschaftlich heißt SDI: Riesenprofite für die beteiligten Multis und zusammengestrichene Sozialhaushalte.

• Sofortige Senkung des Rüstungshaushaltes! Konventionelle Aufrüstung ist keine Alternative zur Atombewaffnung. Die im Rahmen des Bundeswehrplanes 85 bis 97 vorgesehene konventionelle Aufrüstung paßt zu genau in die NATO-Doktrin Air-Land-Battle, die den sofortigen kombinierten Einsatz von atomaren, chemischen und konventionellen Waffen vorsieht.

• Nein zum geplanten Zivilschutzgesetz! „Zivilschutz" ist eine betrügerische Formel. Einen Schutz der Bevölkerung im Atomkrieg ist technisch unmöglich. Das Gerede davon dient lediglich der psychologischen Gewöhnung an Atomwaffen. Mit dem Zivilschutzgesetz soll vor allen Dingen die Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung" bei Konflikten unterhalb der Atomschwelle gewährleistet werden (Ausgeh- und Reiseverbote, Arbeitsdienst, Dienstverpflichtung für Ärzte, Blockwarte = „Zivilschutzbeauftragte").

• Internationalismus: Schluß mit dem schmutzigen Krieg gegen das freie Nicaragua! Boykott des Rassistenregimes in Südafrika!

BRD raus aus der NATO

In unserer Sicht braucht die Friedensbewegung hierzulande vor allem eine langfristige Perspektive: Wesentliche Bedingung für die verschärfte Kriegsgefahr in der BRD ist ihre Mitgliedschaft in der NATO. Die Mittelstreckenstationierung und die größte Atomwaffendichte der Welt verdanken wir NATO-Beschlüssen. Die NATO ist ein von Anfang an aggressives Militärbündnis. Deshalb kann es keinen Frieden mit der NATO geben, kann das Ziel unseres Kampfes nicht die Reform, sondern muß die Zersetzung der NATO sein. Ein im Kampf durchgesetzter Austritt der BRD aus der NATO würde nicht nur die Sicherheit für die Bevölkerung der BRD erhöhen, sondern auch den Kriegspakt NATO an entscheidender Stelle schwächen.

Der erste „große" Prozeß:

Angeklagt: Lambsdorff wg Bestechlichkeit

Nach Redaktionsschluß aber vor Erscheinen dieser Zeitung beginnt das Verfahren gegen Lambsdorff, Friderichs und von Brauchitsch vor dem Bonner Landgericht. Nach einer ganzen Reihe von Prozessen gegen Inhaber mittlerer Unternehmen ist dies der erste einer bisher unübersehbaren Reihe von Prozessen gegen „Prominente" aus Bonn und aus den Chefetagen der großen Konzerne.

Für Lambsdorff, Friderichs und von Brauchitsch geht es vor allem um Anklage wegen Bestechung. Der Wirtschaftsgraf hatte bereits mehrmals darauf beharrt, daß er sein Verfahren wegen Bestechlichkeit getrennt haben möchte von dem weiteren wegen den Parteispenden. Tatsache ist, daß erstmals in der BRD-Geschichte zwei Bundesminister wegen Bestechungsverdacht vor Gericht stehen. Die Flick-Affäre hat sich seit der Zeit ihres Bekanntwerdens bis heute zu einer — kleinen — Spitze eines Eisbergs von kolossalen Dimensionen entwickelt. Der Unterschied ist eben der, daß es dabei auch ganz direkt um Bestechung der beiden mit der Flickschen Steuerbefreiung befaßten Wirtschaftsminister geht. Dies, so meint Lambsdorff, könne er widerlegen. Durch die Trennung beider Verfahren hofft er in Genuß der „kalten Amnestie" zu kommen, die in einer Kumpanei etablierter Bonner Parteien mit passenden (Finanz-)richtern längst vorbereitet wird.

Keine Verfahren wegen Bestechlichkeit wurden gegen solche Politiker eröffnet, von denen zwar aktenkundig ist, daß sie Geldgeschenke von Kapitalisten erhalten haben, die aber nicht schriftlich an konkrete Gegenleistungen



gebunden waren — Strauß vor allem und seine superteuren Geschenke von Flick und Co. Und da sieht Lambsdorff wohl auch seine Chance, den Hals aus der Schlinge zu ziehen — zumal er ja offensichtlich den Kapitalisten zu wichtig ist, als daß sie ihn einfach opfern würden.

Die sogenannten Parteispenden ziehen immer weitere Kreise — die Aufdeckung von gemeinsamen Kassen ganzer Branchen zur Aushaltung einer Interessenpolitik in ihrem Sinne nimmt kein Ende und sie wird sich weiter, in die Provinz, fortsetzen.

All diese Enthüllungen stellen immer wieder aufs Neue ein Lehrstück darüber dar, wie in dieser parlamentarisch-demokratisch organisierten BRD Politik gemacht wird. Denn es handelt sich ja nicht darum, daß die Konzerne Gegner mit Geld zu Parteigängern machen (höchstens „geläuterte" Jusos à la Roth) sondern sie unterstützen natürlich in den bürgerlichen Parteien jene Leute, die ihnen genehm sind.

Und gerade deswegen ist der Lambsdorff-Prozeß, trotz all der Sachen, die danach ans Tageslicht kamen (und die teilweise auch erst stattfanden, als die „Flick-Affäre" längst öffentlich war), von besonderer Wichtigkeit. Eben weil dieser Graf Lambsdorff nicht bloßes Mitglied einer gekauften Riege ist, sondern ein ganz entscheidender Betreiber des Zustandekommens der sogenannten Wendepolitik. Die Wunschregierung des Großkapitals wurde die neue Koalition, die mit Lambsdorffs Geburtshilfe entstand, damals in einer KPD-Erklärung genannt. Und das Großkapital war bereit, für seine Wünsche teuer zu bezahlen. Für die ganze Behandlung dieser Sache wird dieser Prozeß „die Musik" machen, die Leitlinie angeben.

Eine Trennung beider Vorwürfe erscheint ebenso absurd, wie die Tatsache, daß Politikerbestechung (wenn sie keine Amtsträger sind) in den Gesetzen dieses bürgerlichen Staates nicht vorgesehen ist. Ob bei der ganzen Geldschieberei Lambsdorff persönlich was in seine ohnehin nicht kleine Kasse bekam oder ob er „nur" mit Flick zusammen zu gegenseitigem Vorteil die Steuer betrog — dieser Unterschied ist nicht entscheidend.

Entscheidend ist da schon eher, daß ein Mann, der landauf landab die asoziale Streichpolitik predigt, der „die Arbeit billiger machen" will, sich nicht scheut, zur selben Zeit unverfroren millionenfachen Steuerbetrug als ganz normal hinzustellen.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Ernst Aust — 12. 4. 1923 - 25. 8. 1985

Sein Leben

Genosse Ernst Aust wurde am 12. April 1923 als letztes von vier Kindern im Hamburger Stadtteil Eimsbüttel geboren. Sein Vater ist ein kleiner Beamter, seine Mutter Hausfrau. 1939 muß Ernst die Oberschule verlassen, weil das Geld nicht mehr reicht. Er wird Banklehrling. 1941 kommt Ernst zur Wehrmacht, 1944 in britische Kriegsgefangenschaft. Dort bekommt er auch den ersten Kontakt zu Kommunisten, liest zum ersten Mal Bücher von Marx und Engels. 1948 wird Ernst aus der Gefangenschaft entlassen.

Er tritt in den „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" ein, nimmt an Aktionen der „Freien Deutschen Jugend" teil. 1951 wird Ernst, der inzwischen der KPD beigetreten ist, Redakteur bei der Hamburger Volkszeitung. Als Redakteur arbeitet er auch in den nächsten Jahren. Ab 1953 arbeitet er für die aus der Bewegung zur Befreiung Helgolands entstandene Küstenzeitschrift „Dat Blinkfüer", die vor allem unter den Fischern an der Nord- und Ostseeküste große Verbreitung findet. Ernst ist auch maßgeblich an der Organisierung einer breiten Protestbewegung gegen die Bombardierung des Großen Knechtsandes durch britische Bomber beteiligt.

1956 wird die KPD verboten. Ernst gehört zu den Genossen der KPD, die nicht kapitulieren, sondern nach Wegen suchen, um den Kampf weiterführen zu können. Er kommt der Anweisung, „Dat Blinkfüer" einzustellen, nicht nach, sondern baut es stattdessen im Laufe der Zeit zu einer revolutionären Arbeiterzeitung für den norddeutschen Raum aus, die schließlich eine Auflage von 36000 erreicht.

Wegen dieser Artikel in „Dat Blinkfüer" wird Ernst 1963 der Prozeß gemacht. Die Anklage lautet auf Verstoß gegen das KPD-Verbot, Staatsgefährdung und -verleumdung. 5000 Menschen demonstrieren in Hamburg ihre Solidarität. Am Ende des dreimonatigen Verfahrens wird Ernst zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, folgt der Aufforderung zum Strafantritt zwei Jahre später aber nicht und muß dann auch nicht mehr absitzen.

Während in Karlsruhe über das Verbot der KPD verhandelt wird, findet in Moskau der XX. Parteitag der KPdSU statt. In der KPD hatten die Auseinandersetzungen in der internationalen kommunistischen Bewegung zunächst sehr wenig Auswirkungen. So wird auch für den Genossen Ernst erst das Jahr 1963 zum Ausgangspunkt für seinen Kampf gegen die revisionistische Politik der Parteiführung. Wichtig dafür sind seine Eindrücke vom in der DDR stattfindenden Parteitag der KPD, an dem er teilnimmt und eine erste



Reise in die Sowjetunion im Rahmen einer Parteidelegation.

1965 wird die in diesem Jahr in deutscher Sprache erscheinende „Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" für Ernst zum entscheidenden Anstoß für die Verstärkung der Auseinandersetzung innerhalb der KPD. Weil Ernst mit seiner revolutionären Auffassung in der Redaktion des „Blinkfüer" aber alleine bleibt, legt er 1966 aus Protest gegen die politische Linie des „Blinkfüer" zunächst die Chefredaktion und dann auch die Verlagsleitung nieder.

Ernst beginnt, noch immer Funktionär der KPD, die marxistisch-leninistischen Kräfte in der KPD zu sammeln. Im Juni 1967 erscheint die erste Ausgabe des Roten Morgen als illegales Sammlungsorgan für die Marxisten-Leninisten in der KPD. Im Oktober des gleichen Jahres legt Ernst in einem Brief an den Parteivorstand alle Funktionen nieder und wendet sich kurz darauf in einem offenen Brief an alle Genossen der Partei und „Blinkfüer"-Leser und fordert sie auf, mit dem revisionistischen Kurs der KPD zu brechen.

Etwas mehr als ein Jahr später, am 31. 12. 1968 gründen 33 Delegierte aus allen Teilen der Bundesrepublik und aus Westberlin die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten. Daß es in Westdeutschland wieder eine revolutionäre kommunistische Partei gibt, ist ganz entscheidend das Verdienst des Genossen Ernst Aust. Es ist deshalb 1971, als zum ersten Mal ein Vorsitzender der Partei gewählt wird, keine Frage, daß nur der Genosse Ernst Aust für dieses Amt in Frage kommt.

Die neu gegründete Partei nimmt von Anfang an für die revolutionären und fortschrittlichen Bewegungen Partei und unterstützt sie nach Kräften. Das gilt für die Studentenbewegung, für die Bewegung gegen Springer und gegen den Schah. Das gilt ganz besonders aber für die Arbeiterbewegung, die sich mit den Septemberstreiks mit neuer Kraft zu Wort meldet. Eindeutig nimmt der Rote Morgen, der vor der Parteigründung bereits den Einmarsch sowjetischer Truppen in die CSSR scharf verurteilt hatte, auch Stellung für den Klassenkampf der Arbeiter in Polen.

In dieser Zeit kämpft der Genosse Ernst Aust unermüdlich für die Ausrichtung der Partei auf die Arbeiterklasse und die Orientierung ihrer Tätigkeit auf die Betriebe. Genauso wie es der Genosse Ernst Aust ist, der auch innerparteilich dafür kämpft, daß die KPD/ML von ihrer sozialen Zusammensetzung und von ihrer Arbeitsweise her eine Arbeiterpartei ist.

Ab 1970 erscheint der Rote Morgen, für den Genosse Ernst Aust mit seinem Namen verantwortlich zeichnet, im Zeitungsformat. Es dauert nicht lange, bis es wegen Artikeln zu Anschlägen der RAF auf US-Streitkräfte, zur Bundeswehr, zum Abgeordnetenkauf in Bonn usw. erneut zu Anklagen gegen Genossen Ernst Aust kommt. In mehreren Prozessen wird er zu hohen Geldstrafen verurteilt. Aber wie schon zu seiner Zeit als Blinkfüer-Redakteur denkt der Genosse Ernst Aust auch jetzt nicht daran, vor solchen Angriffen klein beizugeben.

Im Gegenteil. Als es 1973, dem Jahr, in dem der erste Prozeß gegen den Roten Morgen stattfindet, zum Verbot der 1.-Mai-Demonstration der Partei in Dortmund kommt, spricht Genosse Ernst Aust trotz Verbot und Polizei auf der Straße zu den versammelten Genossen.

Um die Orientierung der Partei auf die Arbeiterklasse und die Entwicklung einer revolutionären Massenpolitik ging es auch in der Zeit vor dem IV. Parteitag der KPD/ML im Jahre 1978. In dieser Zeit verband die Partei ihre Kritik am Maoismus, der die Partei von Anfang an relativ stark beeinflußt hatte, mit einer Überprüfung ihrer politischen Vorstellungen. Bei dieser Kritik an sektiererischen Vorstellungen und ersten Versuchen, dagegen eine revolutionäre Massenpolitik zu entwickeln, spielte Genosse Ernst Aust eine wichtige Rolle.

So sehr Genossen Ernst Aust die Ausrichtung der Partei auf die Arbeiterklasse am Herzen lag, so war er doch auch derjenige, der vor der Vernachlässigung anderer Aufgaben warnte, sich für die Entwicklung einer fortschrittlichen Bauernbewegung, für die Förderung der Jugendarbeit der Partei und für eine revolutionäre Tätigkeit im Kulturbereich einsetzte. Sehr viel Aufmerksamkeit widmete Genosse Ernst Aust auch der Unterstützung der Sektion DDR der Partei, die zur Jahreswende 1975/76 gegründet worden war.

Auf dem V. Parteitag 1983 kandidierte Genosse Ernst Aust nicht mehr für den Vorsitz der Partei. Seine Auffassungen über revolutionäre Politik und die Auffassungen der Mehrheit des ZK gingen im Laufe der Zeit so weit auseinander, daß Genosse Ernst Aust im Sommer dieses Jahres aus dem ZK zurücktrat und als einer der führenden Genossen einer innerparteilichen Opposition die u. a. im Programmentwurf des ZK dargelegten politischen Vorstellungen als revisionistisch bekämpfte.

Es kann jetzt, nach dem Tod des Genossen Ernst Aust, nicht darum gehen, die Bedeutung dieser Differenzen herunterzuspielen. Das wäre auch nicht in seinem Sinne. Aber bedeutender als diese Differenzen ist für uns trotzdem, daß Genosse Ernst Aust ein Kommunist ist, der sein ganzes Leben lang bedingungslos gegen den Kapitalismus und für den Sieg der sozialistischen Revolution gekämpft und dafür viele persönliche Entbehrungen auf sich genommen hat. Ohne ihn gäbe es die Partei, um deren weiteren Weg wir heute diskutieren, gar nicht; ohne ihn und seine Fähigkeit, andere für den Kommunismus zu begeistern, wären viele Genossen heute auch gar nicht dabei. Deshalb trauern wir um den Genossen Ernst Aust.



1963 — Genosse Ernst Aust hält anläßlich des „Blinkfüer"-Prozesses eine Rede



Zur Jahreswende 1968/69 wurde in Hamburg die KPD/ML gegründet. Daß es zur Gründung der Partei kam, ist vor allem das Verdienst des Genossen Ernst Aust



Genosse Ernst Aust im Gespräch mit dem Genossen Enver Hoxha



Genosse Ernst Aust gründete die Zeitung „Roter Morgen", die zuerst als Sammlungsorgan der Marxisten-Leninisten in der KPD und dann als Zentralorgan der KPD/ML bzw. KPD erschien

Müller-Gutachten

Umfassende Angriffe auf das Streikrecht

Professor Gerhard Müller, ehemaliger Präsident des Bundesarbeitsgerichts, hat im Auftrag des Blüm-Ministeriums ein Gutachten zur Frage der „Gewährung von Kurzarbeitergeld für indirekt vom Arbeitskampf betroffene Arbeitnehmer" erstellt.

Wie man hört, soll Müller für das Gutachten ein Honorar von 30000 Mark erhalten haben. Dafür ist der Professor in seinem Gutachten auch weit über das eigentliche Thema hinausgegangen. Das von ihm gelieferte Gutachten konzipiert in Wirklichkeit ein völlig neues Arbeitskampfrecht.

Müller hat im wesentlichen alle Forderungen, die die Unternehmer in den letzten Jahren zum Arbeitskampfrecht erhoben haben, zusammengetragen. Seine Vorschläge laufen insgesamt auf eine einschneidende Einschränkung des Streikrechts, auf die Aufhebung aller wesentlichen Beschränkungen der Aussperrung, auf die Untergrabung der Tarifautonomie hinaus.

Zur Frage der Gewährung von Kurzarbeitergeld an „kalt" Ausgesperrte fordert Müller, daß die Bundesanstalt für Arbeit die Unterstützungszahlungen praktisch in allen denkbaren Fällen einstellt, in denen Unternehmer die Notwendigkeit einer arbeitskampfbedingten Produktionseinstellung behaupten. Das soll bereits gelten, wenn ein tatsächlicher Einfluß auf den Arbeitskampf durch die Zahlung von Kurzarbeitergeld gar nicht beweisbar ist, aber die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden kann.

Müller fordert die ausdrückliche gesetzliche Anerkennung der Aussperrung. Das soll auch für Angriffsaussperrungen gelten. Ausdrücklich schließt Müller dabei Angriffsaussperrungen ein. Dadurch würde die gesamte Rechtsprechung des Bundesarbeitsgericht (Verhältnismäßigkeitsgebot für Aussperrung, Verbot von Angriffsaussperrungen, Verbot von sogenannten lösenden Aussperrungen) gekippt.

Müller fordert, daß gesetzlich reglementiert wird, daß „Streik und Aussperrung nur das letzte Mittel" sind. In dem Gutachten heißt es: „Sind Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages endgültig und unter Berücksichtigung aller Umstände für dauernd ins Stocken geraten, können Streik und Aussperrung eingesetzt werden." Eine solche gesetzliche Regelung könnte folgendes bedeuten: nachdem eine Gewerkschaft die Verhandlungen für gescheitert erklärt und ihre Mitglieder zum Streik aufgerufen hat, könnte ein Arbeitsgericht auf Unternehmerantrag feststellen, daß die Verhandlung „unter Berücksichtigung aller Umstände" nicht „für dauernd ins Stocken geraten sind". Damit wäre der Streik ungesetzlich.

Müller fordert das Verbot von Warnstreiks während laufender Tarifverhandlungen, wenn sie einen „Erzwingungscharakter" haben. Zulässig seien lediglich kurzfristige Aussperrungen und Arbeitsniederlegungen, die nicht das Ziel der Durchsetzung von Forderungen zum Ziel haben, sondern lediglich Tarifverhandlungen beschleunigen wollen. Müller bezeichnet zur Verdeutlichung die Taktik der „neuen Beweglichkeit", wie sie von der IG Metall in früheren Tarifauseinandersetzungen entwickelt wurde, als „rechts- und verfassungswidrig".

Müller fordert eine gesetzlich angeordnete „freiwillige Schlichtung". Auf Antrag von einer Tarifvertragspartei oder der Bundesregierung soll das Bundesarbeitsgericht über die Einberufung einer Schlichtungskommission entscheiden. Immerhin räumt Müller noch ein, daß beide Tarifparteien den Schiedsspruch ablehnen können. Es kann aber ernsthaft kein Zweifel daran bestehen, daß Müller hier den ersten Schritt zu einer staatlichen Zwangsschlichtung fordert. Insbesondere, daß die Bundesregierung Initiativrecht haben soll, was ja nur mit einer Art von „staatlichem Notstand" begründet werden könnte, zeigt, daß Müller hier das Ende der Tarifautonomie einläuten will.

Schließlich fordert Müller, daß alle Fragen, die mit Arbeitskämpfen zusammenhängen, von Arbeitsgerichten behandelt werden sollen. Positiv ausgedrückt geht es also um die vollständige Ausschaltung der Sozial- und Verwaltungsgerichte, mit denen die Kapitalisten während des Streiks für die 35-Stunden-Woche und danach durchaus ungute Erfahrungen gemacht haben. Inhaltlich geht es noch um mehr: durch die hermetische Abriegelung des Arbeitskampfrechts wird erreicht, daß allgemeine Rechtsgrundsätze für das Arbeitskampfrecht nicht wirksam werden können. Das Arbeitskampfrecht könnte so in der Tendenz zu einem besonders restriktiven Sonderrecht werden.

Die Unternehmerverbände haben das Müller-Gutachten einhellig begrüßt und fordern unverzügliche gesetzgeberische Konsequenzen.

Das gilt auch für zahlreiche Koalitionspolitiker. Besonders eindeutig Graf Lambsdorff, der auch in gewohnter Klarheit die politische Absicht benennt. Das „Handelsblatt" gibt Lambsdorff wie folgt wieder:

„Man müsse doch wirklich mit Blindheit geschlagen sein, wenn man nicht sehe, daß die im vorigen Jahr abgeschlossenen Tarifverträge mit 21 bis 24 Monaten Laufzeit alle im Jahr vor der nächsten Bundestagswahl auslaufen. Und die Bundesregierung müßte mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie das unter dem bestehenden Rechtszustand hinnehmen würde, der durch Urteile der Sozialgerichte in Frankfurt und Bremen entstanden ist. Liegt es eigentlich sehr fern zu fragen, warum ausgerechnet in Frankfurt und Bremen und nicht etwa in München und Stuttgart geklagt wurde?"

Also: noch so einen Streik wie den für die 35-Stunden-Woche soll die Bundesregierung nach Lambsdorffs Ansicht vor der nächsten Bundestagswahl nicht hinnehmen. Deshalb muß die Rechtsgrundlage jetzt so hingebogen werden, daß den Gewerkschaften im Ernstfall problemlos die Kehle zugedrückt werden kann.

Das sagt Lambsdorff in aller Offenheit.

Blüm formuliert in einem Interview mit der „Welt am Sonntag" vorsichtiger: „Wir werden jetzt erst einmal das Gutachten in aller Ruhe auswerten. Das Arbeitskampfrecht eignet sich nicht für Schnellschüsse. Arbeitskampfrecht muß Frieden stiften."

Streicht man die Phrasen ab, bleibt als Tatsache bestehen: Für Blüm liegt das Gutachten auf dem Tisch. Für ihn ist es Gesprächsgrundlage. Es liegt also offensichtlich im Bereich dessen, was er für notwendig hält, um „Frieden zu stiften".

Und die Reaktion des DGB? Gewiß gab es von zahlreichen Spitzenfunktionären empörte Proteste. Aber die einzig denkbare Reaktion blieb aus: die Absage des Dreiergesprächs am 5. September, die Ankündigung, daß die Gewerkschaften dieses Gutachten als Kriegserklärung gegen sich begreifen, daß sie mit allen Mitteln bis hin zum Generalstreik dagegen kämpfen werden, daß Müllers Forderungen Gesetz werden.

Hans Preiss hat vor einiger Zeit im Zusammenhang mit der Politik dieser Regierung von Widerstandsrecht gesprochen. Es gab ein großes Geschrei. Nicht nur auf der Seite der Regierung wurde gegeifert, auch in den Gewerkschaften wurde das vielfach als zu „weitgehend" betrachtet.

Solange dieses Gutachten auf dem Tisch der Regierung liegt. Solange diese Regierung nicht klipp und klar erklärt, daß Müllers Forderungen auch in ihrem Verständnis die weitgehende Vernichtung der Gewerkschaftsfreiheit bedeuten würde, solange kann es keinen Zweifel daran geben, daß Hans Preiss die Situation der Gewerkschaften genau auf den Begriff gebracht hat.

„Roter Lautsprecher", Siemens/Witten

3 Kolleginnen bei der Arbeit

Gabi denkt: Scheiße... 60 Stück am Tag. Die is ja bekloppt, die Sabine... Man muß sich auch noch anmotzen lassen wegen der dummen Kuh... Wenn ich den Kerl schon seh mit seinem blöden Grinsen: „Wie kommt das eigentlich, Frau Müller, daß die neuen Frauen mehr Baugruppen machen als sie?" Ja, woher das wohl kommt? Dreimal darfste raten, du Hirni!... Man kann das ja verstehen mit den Neuen... irgendwie. Die wollen eben übernommen werden... aber nich auf meine Knochen! Rackern von früh bis spät, bald kannze hier nicht mal mehr pinkeln gehen... Kein Wunder, wenn nur Schrott bei raus kommt... Aber eins weiß ich: so blöd bin ich nicht noch mal... sollnse doch rumfummeln, bis se schwarz werden, die neuen... ich zeig keinem mehr was... von wegen, 60 Stück!*

Sabine denkt: Soll ich nun den Führerschein machen, oder nicht? Wenn ich hier bleiben darf, brauch ich ihn ja... wie soll ich denn weg kommen, wenn Manuela mal nicht fährt?... Aber wenn sie mich rausschmeißen, kann ich sowieso nich weitermachen, wovon denn?... So eine Scheiße... jeden Tag, eh, jeden Tag von neuem: Soll ich, soll ich nich, kann ich kann ich nicht?... ich träum schon davon, das macht einen richtig fertig... Hätt ich bloß nicht hier angefangen. Da freut man sich, daß man endlich Arbeit hat und dann ... wieder Essig. Und die Kleine, die muß ich ja auch wieder aus der Tagesstätte nehmen, wenn ich arbeitslos bin... jetzt hab ich sie grad mal untergebracht. Beim nächsten Mal weißte wieder nicht wohin mit dem Kind... Aber vielleicht nehmen sie mich ja doch... arbeitsmäßig können se mir nichts... ich maloch ja wirklich wie bekloppt... egal, wenn se mich nur nehmen...*

Claudia denkt: Menschenverachtend, ja, das ist es... Wenn das nich Menschenverachtung is, was hier läuft, weiß ich nich... Nix zählen wir, gar nix. Nur der Profit zählt... da hat Siemens ja viel zu zählen. Bestens, jeden Tag mehr... Ach, guck mal da, unser Möchtergern-Einrichter... ganz rote Ohren hat er, weil der Boß mit ihm spricht. „Aber sicher, Herr Obermotz, wie sie wünschen Herr Obermotz, zu Befehl Herr Obermotz!"... Mein Gott, mit was für Arschlöchern man's zu tun hat... Das is wahrscheinlich auch so ein Sinn von Ganze: sie wollen uns kleinkriegen. Eine Belegschaft von Arschkriechern und dann einer dem anderen sein Deibel... Wer dem Blüm wohl sein Gesetz geschrieben hat? Siemens? Daimler-Benz?... Überhaupt, ein einziger Skandal, diese Regierung!*

Kein Maulkorb für Marianne Hürten

Marianne Hürten, Betriebsrätin bei der Bayer AG und Kandidatin für die Grünen bei der letzten NRW-Wahl, erhielt von Bayer wegen ihrer Wahlkampfäußerungen eine Abmahnung. Gemeinsam mit anderen Betriebsräten der Liste für durchschaubare Betriebsratsarbeit droht ihr inzwischen auch der Ausschluß aus der IG Chemie wegen Kritik des letzten Tarifabschlusses. Inzwischen haben Gewerkschafter ein Solidaritätskomitee „Keinen Maulkorb für Marianne Hürten" gegründet. Wir dokumentieren im folgenden den Aufruf des Solidaritätskomitees:

Auf der Belegschaftsversammlung am 23. Mai beklagte sich ein Sprecher der von der Werksleitung mit Wohlwollen bedachten Bürgerinitiative „Die Malocher" über zunehmende und angeblich arbeitsplatzgefährdende Chemie-Kritik. Als hätte er auf ein Stichwort gewartet, machte Prof. Weise von der Werksleitung längere Ausführungen über die geschäftsschädigende Wirkung des Wahlkampfes der Grünen. Da er nicht polemisch werden wolle, berufe er sich auf ein „neutrales" Papier der Personalabteilung, das er zufällig bei sich habe. Darin wurde der Kollegin Hürten Agitation gegen die Bayer AG und die Verbreitung von Falschmeldungen vorgeworfen. Da Marianne Hürten als Landtagskandidatin und Betriebsrätin erweiterten Kündigungsschutz habe, empfehle d[illegible] Personalabteilung d[illegible] Vorstand „nur" eine Abmahnung auszusprechen.

Trotz Bemühens konnte Marianne Hürten am nächsten Tag weder den Brief der Personalabteilung einsehen, noch Briefe, die sich angeblich über ihre Äußerungen im Wahlkampf beklagten. Am 28. Mai erhielt sie dann den Brief der Personalabteilung und gleichzeitig eine Abmahnung, in der in allgemeiner Form Vorwürfe in den Raum gestellt werden und die Kündigung angedroht wird. Die Briefe, die sich über Wahlkampfauftreten beklagten, bekam sie erst eine Woche nach der Verlesung vom dem Betriebsratsvorsitzenden vorgelesen.

Der Zweck des Angriffs der Werksleitung auf der Betriebsversammlung ist klar: die Belegschaft insgesamt soll eingeschüchtert werden. Das spürten wohl auch viele Kollegen und Kolleginnen, die sehr betroffen waren.

Zweitens soll mit Marianne Hürten eine Betriebsrätin mundtot gemacht werden, die in der Vergangenheit oft genug Probleme von Kolleginnen und Kollegen zur Sprache brachte. Bei der Bayer AG soll wieder der Untertanengeist des 19. Jahrhunderts durchgesetzt werden.

Drittens soll ein Exempel statuiert werden, um in Zukunft die öffentliche Diskussion über den Umweltschutz einzudämmen. Künftig muß sich jeder Arbeiter und Angestellte fragen, ob er überhaupt noch den Mund aufmacht, weil ja irgendwie ein Zusammenhang zur Industrie hergestellt werden könnte und dann sein Arbeitsplatz in Gefahr ist.

Viertens wird am Beispiel der Landtagskandidatin Marianne Hürten deutlich, was der Bayer-Konzern unter „Demokratie" versteht. Zu Ende gedacht, dürfen abhängig Beschäftigte nur dann noch zu Wahlen kandidieren, wenn sie Aktionärsrundschreiben der Bayer AG oder anderer Konzerne vorlesen. Das Grundrecht der freien Meinungsäußerung wird mit Füßen getreten.

Hier geht es sowohl um Rechte von Betriebsräten, als auch um demokratische Grundrechte. Der Betriebsrat wurde von ihr um Unterstützung gebeten. Er hat inzwischen einen Brief an den Werksvorstand geschrieben.

Marianne Hürten darf nicht alleine bleiben. Deshalb:

- protestiert beim Vorstand der Bayer AG, 509 Leverkusen;
- schreibt an Betriebsrat und die IG Chemie in Hannover, um der Hilfe Nachdruck zu verleihen;
- nutzt alle Möglichkeiten der öffentlichen Information, fragt Gewerkschafter und Politiker, was sie zu tun gedenken;
- schickt von allen Schreiben und Aktivitäten Durchschläge an das Solidaritätskomitee;
- macht uns Vorschläge zur weiteren Arbeit und teilt uns mit, ob ihr diesen Aufruf unterstützt.

Weil es um weitreichende gewerkschaftliche und politische Fragen geht, darf keiner abseits stehen. Wir informieren weiter.

Für das Solidaritätskomitee „Keinen Maulkorb für Marianne Hürten". Kontaktadresse: Rainer Morgenstern, Burscheider Str. 486, 5090 Leverkusen 3.

Unterstützer: Bernd Dieckmann, Personalrat ÖTV; Reinhard Hocker, Personalrat, GEW-Vorsitzender; Martin Rausch, Betriebsrat, IG Chemie/Köln; Thomas Stankowski, Betriebsratsvorsitzender, IGM, Köln.

Zu den Herbstaktionen des DGB

Arbeit für alle
Stopp dem Sozialabbau
Verteidigung und Ausweitung von Arbeitnehmer- und demokratischen Rechten!
Die unter diesen Losungen stehenden Herbstaktivitäten des DGB und der Einzelgewerkschaften, die ihren Höhepunkt in der Aktionswoche ab dem 14.10.1985 mit den Großkundgebungen am 19.10. finden sollen, sind ein längst notwendiger Schritt des entschiedenen Widerstands gegen die Wenderegierung und die sie stützenden Kapitalkreise.

Widerstand gegen:
- Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau,
- Abbau erkämpfter Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte tut not!

Lang ist die Liste der Angriffe von Unternehmern und Regierung:
- über 210 Milliarden DM wurden in den letzten drei Jahren von unten nach oben umverteilt; Kürzungen bei den Arbeitslosengeldern und beim Mutterschaftsgeld sind dafür nur zwei Stichpunkte.
- Steigerung der Profite mit zweistelligen Zuwachsraten seit dem Amtsantritt der Wenderegierung.
- Seit Jahren Reallohnabbau.
- Milliarden-Subventionen und Steuergeschenke an die Unternehmer.
- Entschiedene Front der Regierung und der Unternehmer gegen Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigungsprogramme.
- Abbau von Jugendarbeitsschutz, Arbeitsvertrags- und Arbeitsschutzrechte.

Dies sind nur einige Punkte aus dem Sündenregister der Reaktion, die den Rüstungshaushalt enorm gesteigert hat, weitere riesige Zuwachsraten für die 90er Jahre plant; die weitere Einschränkung des Demonstrationsrechts auf den Weg gebracht hat, mit der Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes droht, den Angriff auf die Gewerkschaften durch die Änderung der Betriebsverfassungsrechte schon in erster Lesung im Parlament behandelt hat.

Mit einem Wort:

Klassenkampf von oben in bisher nicht gekanntem Ausmaß!

Die „Gesprächsbereitschaft" mit der DGB-Spitze seitens der Regierung hat vor diesem Hintergrund einmal wahltaktische Gesichtspunkte. Schließlich laufen seit 1983 bei den Landtagswahlen die Wähler der Wenderegierung gleich scharenweise davon — zu offensichtlich hat die Aufschwungpropaganda der tatsächlichen Entwicklung Hohn gesprochen.

Zum anderen dient die neue „konzertierte Aktion" nicht zuletzt dazu, den Gewerkschaften „Mitverantwortung" für den Abbau bzw. eben den Nichtabbau der Arbeitslosigkeit zuzuschanzen.

Kamingespräche, „Gesamtgesellschaftliche Verabredungen" u.ä. haben sich schon in der Zeit der SPD/FDP-Regierung als nicht geeignet erwiesen, die Interessen der abhängig Beschäftigten durchzusetzen — viel weniger heute. Nötig ist, dem Klassenkampf von oben den entschiedenen Widerstand von unten entgegenzusetzen.

Nicht mit dieser Regierung, sondern nur gegen sie und ihre Hintermänner sind die Interessen und Forderungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung durchzusetzen.

Dazu gehört:
- Nach mehreren Jahren des Reallohnabbaus muß eine tatsächliche, spürbare Erhöhung der Löhne und Gehälter gegen die Unternehmer durchgesetzt werden!

• Arbeit für alle durch:
- Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden mit vollem Lohnausgleich.
- Konsequente Verteidigung aller vorhandenen Arbeitsplätze in Betrieben und Verwaltungen.
- Verstaatlichung der Stahlindustrie und der Werften!
- Beschäftigungsprogramme, die insbesondere in den Bereichen Umwelt, Energieversorgung (Fernwärme) und berufliche Bildung sowohl kollektive Bedürfnisse erfüllen, die Lebenslage aller abhängig Beschäftigten verbessern, als auch neue Arbeitsplätze schaffen.
- Eine längst überfällige Änderung der Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938, allerdings nicht wie der Blüm-Entwurf mit einer Ausweitung der gesetzlich erlaubten Arbeitszeitgrenzen, sondern einer weiteren Einschränkung. Dazu zählen: Höchstarbeitszeit 40 Stunden in der Woche, 8 Stunden am Tag. Einschränkung der Überstunden auf höchstens 2 Stunden pro Woche je Beschäftigten, keine Öffnungsklauseln für eine Ausweitung durch Tarifvertrag. Erhalt des freien Wochenendes bzw. freien Sonntags, keine Sonderregelungen für bestimmte Bereiche wie Kirchen, gemeinnützige Organisationen u.ä.

• Stopp dem Sozialabbau durch:
- Rücknahme aller gesetzlichen Kürzungen in den sozialen Sicherungssystemen seit 1981/82. Dazu gehört insbesondere eine Erhöhung der Leistungen an Arbeitslose. Schließlich liegt die durchschnittliche Zahlung an Arbeitslosengeld heute bei nur 937,— DM, damit unter dem Stand von 1981. Bei der Arbeitslosenhilfe sieht es nicht viel anders aus. Hier liegt der Satz mit knapp 800,— DM nur wenig über dem 81er Satz. Dazu kommt, daß von den registrierten Arbeitslosen nur noch knapp 60 Prozent überhaupt eine der beiden Leistungen erhalten.
- Sicherung der Rentenfinanzen durch entschiedene Erhöhung des staatlichen Finanzierungsanteils und Mittel aus der einzuführenden zusätzlichen Beitragspflicht der Unternehmen auf arbeitsplatzvernichtende Investitionen (Maschinensteuer). • Keine Ausweitung der Selbstbeteiligung im Krankenversicherungsbereich.

• Ausbau der demokratischen und Arbeitnehmerrechte durch:
- Rücknahme des Entlassungsförderungsgesetzes.
- Keine Verschärfung des Demonstrationsrechts.

Angesichts der Pläne der Wendeparteien und der Unternehmer bezüglich des Arbeitskampfrechts ist es wichtig, nicht auf die Gerichtsentscheidungen zur „Neuen Beweglichkeit" und zum §116 Arbeitsförderungsgesetz — Neutralitätspflicht — zu vertrauen, sondern deutlich zu machen:
- Keine Änderung des §116 Arbeitsförderungsgesetz!
- Keine weitere Aufspaltung der Belegschaften, keine Privilegien für die „Leitenden Angestellten".

Stattdessen geht es in erster Linie um die konkreten Rechte und ihre Ausweitung vor Ort — für Belegschaften und Betriebs- und Personalräte. Dazu gehören:
- Verbot von Massenentlassungen.
- Vetorecht von Betriebs- und Personalräten bei Entlassungen.
- Vetorechte bei der Einführung von arbeitsplatzverändernden Investitionen, die Zahl, Qualität und Intensität der Arbeit bzw. der Arbeitsplätze betreffen.
- Weg mit dem Grundsatz der „vertrauensvollen Zusammenarbeit".
- Weg mit den Geheimhaltungsvorschriften.

Diese dringendsten Forderungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung stoßen auf den entschiedenen Widerstand von Regierung und Kapital. Sie durchsetzen bedeutet notwendigerweise die weitere Entfaltung von Massenaktivitäten und Massenwiderstand aller abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften, aller Kräfte und Bewegungen in diesem unserem Land, die in Opposition zur Wenderegierung stehen, über den heißen Herbst hinaus, der nur ein Auftakt sein kann und darf.

Massenwiderstand, der deutlich macht:

Diese Regierung des Sozialabbaus, der Arbeitslosigkeit, der Hochrüstung und Reaktion muß weg!

Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Verschärfung der kapitalistischen Krisenentwicklung hier bei uns, wie auch international, ist von Regierung und Unternehmern kein Stillhalten zu erwarten. Sie bereiten sich auf weitere und härtere Auseinandersetzungen vor.

Ohne Entwicklung gesellschaftlicher Perspektiven keine Perspektive des Kampfes auch für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Konzepte der Opposition, wie z.B. ein angeblich zu erreichender „gesamtgesellschaftlicher Konsens", bleiben Illusion, denn eines ist bei der Entwicklung der letzten Jahre unübersehbar: Wer Ja sagt zum Kapitalismus, der sagt — ob er will oder nicht — Ja zur Massenarbeitslosigkeit. Wer seinen Frieden mit dem Kapitalismus gemacht hat, kann in der Krise nicht glaubwürdig und wirksam gegen die Massenarbeitslosigkeit kämpfen.

Wirksamer Kampf heute und morgen muß die Entfaltung von Massenaktivitäten und Massenwiderstand gegen die Wendeparteien und ihre finanzkapitalistischen Hintermänner beinhalten, aber auch die Entwicklung von Alternativen zur herrschenden Politik und zum Kapitalismus. Die reine Änderung der parlamentarischen Mehrheiten in Bonn, wie sie sich viele zu Recht erhoffen, wird nicht zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, zu einem wirtschaftlich gesicherten Leben für die Arbeiter und Angestellten führen. Nur der Massenkampf der Arbeiter und Angestellten, der nicht vor den Schranken der kapitalistischen Marktwirtschaft und der politischen Macht des Kapitals halt macht, kann diese Lebensinteressen der Arbeiterklasse verwirklichen.

Politbüro der KPD



Info

„DM-Investitionen in Südafrika" ist der Titel eines Buches, das den wohl genauesten Überblick über die Verbindungen westdeutschen Kapitals mit Südafrika bietet. Neben allgemeinen Artikeln über die Verflechtung bundesrepublikanischer transnationaler Konzerne in Südafrika z. B., findet sich eine über 200 Seiten lange Liste bundesdeutscher Unternehmen und ihrer Kapitalanlagen und Beteiligungen in Südafrika. Von der *„Aachener und Münchener Versicherungs AG"* über *„AEG"* bis zur *„Zahnradfabrik Friedrichshafen"* (ZF) und der *„Zürich"* Versicherungs-Gesellschaft findet man praktisch zu jedem Namen der bundesdeutschen Hochfinanz interessante Daten und Fakten. Das Buch ist aus dem Jahre 1983 und umfaßt in wesentlichen Teilen Fakten, die bis Frühjahr '81 bekannt wurden. In Einzelfällen ist es noch aktualisiert worden, Dennoch, die wohl ausführlichste und von daher nützlichste Auflistung der Verbindung des westdeutschen Großkapitals mit dem ausbeuterischen Rassistenregime in Südafrika.

W. Geisler — G. Wellmer: DM-Investitionen in Südafrika, ISSA Wissenschaftliche Reihe Nr. 10. Herausgegebenvon der Informationsstelle Südliches Afrika e.V., Blücherstraße 14, 53 Bonn 1. 320 Seiten, 19,80 DM.

Zwei Nachrichtendienste, die gerade zur Zeit viele wichtige Informationen zu Südafrika bringen, wollen demnächst gemeinsam erscheinen. In Zukunft wird zunächst den Abonnenten des einen jeweils eine Ausgabe des anderen beigelegt. Es handelt sich um folgende Nachrichtendienste:

„AZANIA-NACHRICHTEN Zur Unterstützung des Kampfes in Azania (Südafrika)" Herausgegeben vom Arbeitskreis zur Unterstützung der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften in Azania (Südafrika), c/o E. Held, Lippmannstraße 23, 2000 Hamburg 50, Tel.: (040) 4300544. Die Azania-Nachrichten erscheinen monatlich zum Preis von 0,50 DM.

Der **AZAKO-Pressedienst** erscheint ein- bis zweiwöchentlich, bei Bedarf auch öfter. Herausgegeben wird er von der „AZAKO-AZANIA-KOORDINATION — für Projekte, Kultur und Bildung e.V." An den Mühlen 25, 4400 Münster, Tel. (0251) 521302. Zum Preis von 40,— DM pro Jahr bietet der AZAKO-Pressedienst nicht nur viele Meldungen, die hier nicht erscheinen, sondern bietet auch Informationen über den Diskussionsprozeß der Widerstandsgruppen, der Gewerkschaften

Die Solidarität wächst an

Zahlreiche Aktionen in der Bundesrepublik zur Unterstützung des Kampfes der schwarzen Bewohner Südafrikas schaffen immer mehr Öffentlichkeit über die Zustände in der Kaprepublik. Keine Unterstützung des Rassistenregimes durch die Bonner Regierung und die Banken und Konzerne — das waren die Hauptforderungen der Aktionen und Demonstrationen. Die größte Demonstration fand am vergangenen Wochenende in Frankfurt statt. In einem breiten Bündnis demonstrierten 2500 Menschen. Während der Demonstration blieb kaum ein Bankgebäude an der Demo-Route unbeschädigt. Zu Aktionen kam es auch in München, wo zeitweilig das Büro der südafrikanischen Fluggesellschaft SAA besetzt wurde, in Düsseldorf, wo 1000 Menschen demonstrierten und in Bremen (unser Bild), wo gegen die beabsichtigte Hinrichtung des ANC-Kämpfers Moloise protestiert wurde. Mittlerweile hat die südafrikanische Regierung einen dreiwöchigen Hinrichtungsaufschub erlassen — der Kampf für das Leben des vor drei Jahren in einem Schauprozeß verurteilten Führers des ANC muß weitergehen.



Ein breites Bündnis verschiedenster Gruppen bereitet zur Zeit eine zentrale Demonstration gegen das südafrikanische Rassistenregime vor:

Am 21.9. in Bonn

Die Kämpfe in Südafrika gehen weiter

EG lehnt Sanktionen ab

Während in Südafrika der Freiheitskampf der Schwarzen weitergeht und permanent neue Opfer kostet, haben Diplomaten aus der Europäischen Gemeinschaft, wie es in der Presse heißt, „verlauten lassen", daß es „keine Sanktionen gegen Südafrika" geben wird. Mit dieser Position haben sich vor allem die Bonner Politiker und Großbritannien durchgesetzt. Diese Haltung wird sich kaum verändern, wenn sich in diesen Tagen eine Delegation der Außenminister Italiens, Luxemburgs und der Niederlande auf Informationsreise nach Südafrika begibt.

In Südafrika hat die Rassistenregierung eine neue Verhaftungswelle gestartet. Bekannte Oppositionelle, unter ihnen der Vorsitzende des breiten Widerstandsbündnisses Vereinigte Demokratische Front (UDF), Farouk Meer, sind eingesperrt. Zur Zeit läuft ein Prozeß gegen 38 schon früher verhaftete UDF-Mitglieder, die Anklage lautet auf Hochverrat.

Die neuen Polizeiaktionen starteten direkt nach der Ankündigung eines Protestmarsches zum Pollsmoor-Gefängnis bei Kapstadt, wo Nelson Mandela eingekerkert ist. Der südafrikanische *„Minister für Recht und Ordnung"*, Louis le Grange, warnte die Bevölkerung vor der Teilnahme an dem Marsch. Nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe, am Mittwoch, soll der Marsch stattfinden. Premier Botha drohte Ende vergangener Woche dem Widerstand in seinem Land. Er richtete *„einen letzten Appell an jene, die mit Gewalt die südafrikanische Ordnung stürzen wollen"*, und warnte, seine Regierung verfüge über Sicherheitsorgane, die alle Angriffe *„radikaler kommunistischer Kräfte"* zunichte machen könnten. Mit solchen Reden wird jeglicher Terror der Polizei gegen die schwarze Bevölkerungsmehrheit legitimiert. Allein am vergangenen Wochenende gab es wieder schwere Auseinandersetzungen in mindestens 24 schwarzen Siedlungen. Sogar offiziell wurde bestätigt, daß Polizisten mit Plastikgeschossen und Schrotkugeln in die Menschenmengen feuerten.

Das verlogene Argument, man könne keine Sanktionen mitmachen, weil solche Maßnahmen nicht das Regime treffen, sondern lediglich die Armen und Schwarzen, ist jetzt erneut widerlegt worden. Wie die Wochenzeitung *„Sunday Times"* berichtete, sprachen sich bei einer Meinungsumfrage in den schwarzen städtischen Wohnvierteln eine Mehrheit von **77 Prozent für internationale Sanktionen** gegen das Rassistenregime Südafrikas aus. Laut *„Sunday Times"* ist diese Mehrheit auch für diese Sanktionen, wenn sie selbst darunter zu leiden hätte.

Rüstungsexport

Beispiele

In der Werbung des Rüstungskonzerns MBB ist der Hubschrauber BO 105 CB ein Militärhubschrauber. Als er nach Südafrika ans Innenministerium geliefert wurde, galt er als „ein Transportmittel wie jeder Pkw".



Sowie **MBB** gelingt es fast allen großen westdeutschen Rüstungskonzernen laufend große Geschäfte mit dem Rassistenregime in Pretoria zu machen. Einige Beispiele:

Seit Januar 1978 liefert die Ulmer Firma **Magirus Deutz** jährlich 1000 Militärlastwagen vom Typ 130 M 7 FAL, 130 M 7 FL, 192 D 12 AL und 320 D 21 AL für insgesamt etwa fünfzig Millionen Mark nach Südafrika.

1977/78 errichteten die Firmen: **Rheinstahl, Otto Junker, Süddeutsche Baubeschläge** und **WASAG** in Südafrika eine Munitionsfüllanlage zur Herstellung von 155 mm Granaten nach NATO-Richtlinien.

Im Mai und Oktober 1980 sind zwei als Forschungsschiffe deklarierte Minenkampfboote nach Südafrika ausgeliefert worden. Die beiden auf der **Abeking & Rasmussen Werft** hergestellten Boote sind unter anderem mit Ausrüstungen von **MTU, Siemens** und **Voith Schneider** bestückt. Außerdem erhielt Südafrika die Lizenz zum weiteren Bau solcher Boote.

Daimler Benz liefert unter anderem Zugmaschinen für den Panzertransport, Militärlastwagen, Spezialmotoren, zusammen mit **MTU** auch Motoren für Minensuchboote und Triebwerke für das Militärtransportflugzeug Transall C-160.

In Lizenz aus Westdeutschland und mit Maschinen aus der Bundesrepublik werden in Portugal in der Waffenfabrik Braco da Prata G 3-Gewehre produziert. Die Gewehre dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung von Portugal ausgeführt werden. Allein im Sommer 1973 bekam Südafrika 150000 dieser G 3-Gewehre.

Solidarität bei Daimler-Benz

Wie gewerkschaftliche Solidarität mit dem Kampf gegen das Apartheidregime in der Bundesrepublik aussehen *könnte*, zeigt eine Resolution von 23 Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Benz-Werks Mannheim, die bei einem Seminar „Gewerkschaften in Südafrika" in Wilhelmsfeld entstand. Darin wird der Vertrauenskörper u.a. zu folgenden Maßnahmen aufgefordert:

- „direkte und schnelle Kontakte zu den südafrikanischen Kollegen im Werk East London herzustellen (Telex, persönliche Verbindungen), um z. B. auf Entlassungen und Verhaftungen unmittelbar reagieren zu können" (dort wurden im Dezember 1984 280 Arbeiter entlassen);
- „sich umfassend zu informieren" über die Unterdrückung der Schwarzen, aber auch über die Tätigkeit des Daimler-Benz-Konzerns in Südafrika;
- die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat aufzufordern, einen Investitionsboykott zu prüfen;
- die Belegschaft durch eine Vertrauensleutevollversammlung, eine Ausstellung im Betriebsbüro oder eine Südafrika-Woche im Betrieb besser zu informieren;
- „regelmäßige Reisen von Kollegen aus dem Werk Mannheim nach Südafrika vorzubereiten und durchzuführen und südafrikanische Kollegen aus East London nach Mannheim einzuladen"; zu einer Betriebsversammlung sollen Vertreter der unabhängigen Gewerkschaften aus dem Werk East London eingeladen werden.

(Nach: „express" 6/85 aus: „was tun" 15.8.85)

„Negerjagd" mit Hoesch-Computern!

„Negerjagd" mit Hoesch-Computern, das war die reißerische Überschrift eines Flugblattes der KPD/Dortmund, das auch über die Betriebszeitung „Stählerne Faust" in die Hoesch-Stahlwerke gelang. Hintergrund war ein Beitrag des ARD-Magazins „Monitor". „Monitor" berichtete, daß die südafrikanische Polizei an einem Computerprogramm zum Vergleich von Fingerabdrücken interessiert ist. Anbieter dieses Fingerabdruck-Registriersystems: die Hoesch-Tochter *„Mathematischer Beratungs- und Programmierdienst GmbH"* (mbp) in Dortmund.

In den Hoesch-Werken Phönix und Union (dort auf Antrag der RGO-Betriebsräte) wurde von den Betriebsräten ein Beschluß gefaßt, der vorsieht, beim Vorstand gegen diese Geschäftsbeziehungen zu protestieren.

Im folgenden dokumentieren wir ein Betriebsratsinfo des mbp-Betriebsrates, das wenige Tage nach der „Monitor"-Sendung erschien:

mbp-Fingerabdrucksystem Südafrika

In der Sendung „Monitor" am Dienstag, 06.08.85, wurde mbp in Zusammenhang mit BKA, Fingerabdruckssystem und Südafrika genannt.

FARS (Fingerabdruckregistriersystem) war in den letzten Jahren mehrmals Bestandteil von Gesprächen zwischen Betriebsräten und Geschäftsführung. Auch auf Betriebsversammlungen ist darüber diskutiert worden.

Wir sahen und sehen in der Vermarktung solcher Produkte Probleme, insbesondere bei Ländern wie Südafrika.

Die Aussage in der Sendung, „daß Verhandlungen ruhen", zeigt, daß mbp Geschäftsverbindungen zu Südafrika hat. Das wird von der Geschäftsleitung nicht bestritten.

Das in „Monitor" erwähnte Fingerabdruckssystem dient der Aufnahme von digitalisierten Fingerabdrücken in eine Datenbank sowie dem schnellen Vergleich von zu identifizierenden Abdrücken mit den gespeicherten. Dies ist ein weiterer wesentlicher Schritt hin zur totalen Kontrolle und Überwachung.

Vor dem Hintergrund der politischen Lage in Südafrika, insbesondere nach der Verhängung des Ausnahmezustandes, sind zusätzlich zu bereits bestehenden Boykottbeschlüssen der UNO weitere Sanktionen erwogen und teilweise durchgesetzt worden. Z. B. hat der amerikanische Kongreß den Beschluß gefaßt, sämtliche Computerlieferungen nach Südafrika einzustellen. Wer die Presse verfolgt, weiß, daß auch unabhängig von staatlichen Maßnahmen andere Industrieunternehmen reagieren. Apple stellt seine Lieferung nach Südafrika ein und spricht in diesem Zusammenhang von sich als „Unternehmen mit weltweitem Gewissen".

Unsere Geschäftsführung sollte sich fragen, ob sie in Kauf nehmen will, durch Lieferung solcher Systeme in Länder wie Südafrika Unrechtssysteme zu unterstützen und damit dem mbp möglicherweise geschäftspolitischen Schaden zuzufügen.

Auch für jeden einzelnen im mbp ergibt sich eine konkrete Gefährdung, da mbp in der Öffentlichkeit nun als Lieferant für Sicherheitstechnik nach Südafrika bekannt ist und deshalb als Ziel für Gewaltakte in Betracht kommen könnte.

Dortmund, den 09.08.1985

Rechte Prügelgarde im Parlament



Demokratie a la Cordero: Im Parlament von Quito, der Hauptstadt Ecuadors, gab die Regierungskoalition, die den neuen Präsidenten Cordero stützt, ein „eindrucksvolles" Beispiel der demokratischen Gepflogenheiten. Der Abgeordnete Plaza, der eindeutig bewaffnet zur Parlamentssitzung erschien, beantwortete die Kritik des revolutionären Abgeordneten Rosero mit dem im Bild festgehaltenen Überfall. Was zwar exotisch ausschauen mag, aber einiges von der politischen Wirklichkeit in jenem Land nach dem konservativen Wahlsieg widerspiegelt.

England: Krise in der BBC

Neuer Streik bei „the voice of Brittan"?

Britische Karikaturisten waren schnell bei der Hand. „The Voice of Britain" (Die Stimme Britanniens) wurde die bekannte Rundfunkstation BBC lange Jahre genannt. Jetzt heißt sie spöttisch "The Voice of Brittan", die Stimme des Innenministers Leon Brittan.

Nach der allzu offenen Zensurmaßnahme bezüglich der Nordirland-Berichterstattung, die zum breiten Journalistenstreik führte, hatte die britische Sonntagszeitung „Observer" enthüllt, daß nicht nur seit Jahren der Geheimdienst MI5 alle Personalpolitik am Sender mitbestimmte, sondern sogar über ein eigenes Büro in der Anstalt verfügte, von dem aus alle Aktivitäten verfolgt wurden. Da konnte ein Redakteur, der vor fast 20 Jahren an einer linken Univeranstaltung teilgenommen hatte, schon mal nicht fest angestellt werden — die Überwachung war offensichtlich sehr weitgehend.

Die konzentrierten Maßnahmen, die die konservative Regierung in den letzten Monaten ergriffen hatte, um die „Institution BBC" zu demontieren (Nur eigene Parteigänger im Rundfunkrat, vom Innenminister durchgepeitsche Zensur in bezug auf einen Nordirland-Bericht und die wiederholten Drohungen mit der Privatisierung) haben offensichtlich dazu geführt, daß nun der „Bogen überspannt" wurde. Der BBC-Streik wegen des Zensurfalls über den Nordirland-Bericht hatte bereits ausgesprochen breite öffentliche Solidarität erlebt, aus ihm war ein regelrechter Rundfunkstreik geworden. Jetzt stehen die Überwachungspraktiken insgesamt am Pranger.

Der amtierende Intendant gab bereits zu, daß die „Observer"-Berichte über „Regelüberwachung" zutreffend seien und versprach eine Änderung, versuchte aber gleichzeitig eine Abwehrfront zugunsten der Bespitzelung des Senders aufzubauen, was erneut auf großen Protest stieß.

Die Regierung von Frau Thatcher steht in der fortschrittlichen britischen Öffentlichkeit nun als der Oberzensor britischer Medien da, die alles tut, um Kritik an ihren reaktionären Maßnahmen zu unterbinden.

Nun werden erneut Streikvorbereitungen getroffen, die National Union of Journalists hat extra zu diesem Thema einen nationalen Sonderkongreß einberufen, der über das weitere Vorgehen entscheiden soll.

Rainbow-Warrior

Tricot-Bericht erntet Empörung und Hohn

Der Bericht, den die Untersuchungskommission unter der Leitung von Bernard Tricot über die Verwirklichung des französischen Geheimdienstes in den Mordanschlag auf das Greenpeace-Schiff Rainbow Warrior letzte Woche vorlegte, stieß in Frankreich und weltweit auf Empörung und Hohn.

Tricot erklärte: „All das, was ich gehört und gesehen habe, gibt mir die Sicherheit zu sagen, daß auf Regierungsebene keinerlei Entscheidung getroffen wurde, die in Richtung einer Beschädigung der Rainbow Warrior tendierte."

Woher Tricot diese Sicherheit nimmt, bleibt schleierhaft. Immerhin muß sein Bericht feststellen, daß es sich bei dem in Neuseeland unter Mordverdacht einsitzenden falschen Ehepaar Turenge und auch bei der dreiköpfigen Besatzung des Seglers Ouvéa, die unmittelbar nach dem Mordanschlag aus Auckland entfloh, um französische Geheimdienstagenten handelt.

Tricot konnte auch nicht erläutern, wie folgende Passage in einem Papier des französischen Verteidigungsministeriums zu verstehen ist: „...der Aktion von Greenpeace aber müsse im voraus entgegengetreten serden."

Die Anwesenheit der französichen Geheimdienstagenten in Auckland erklärte Tricot mit Aufklärungs- und Trainingszwecken. Die Behauptung, die Besatzung der Ouvéa hätte vor der neuseeländischen Küste ein Kampfschwimmtraining absolvieren sollen, quittierte der neuseeländische Ministerpräsident David Lange mit der höhnischen Bemerkung, es müsse sich dann wohl um ein „Feriencamp" gehandelt haben. Lange erklärte, die französische Regierung sei selbstverständlich in das mörderische Attentat verwickelt.

Die neuseeländische Regierung kritisierte, daß die Tricot-Kommission keine Anstrengungen unternommen habe, sich über den Ermittlungsstand der neuseeländischen Behörden zu informieren. Sie forderte „als Minimum" eine offizielle Entschuldigung Frankreichs wegen der Tätigkeit von fünf französischen Geheimdienstagenten auf neuseeländischem Territorium. Weiter fordert die neuseeländische Regierung die Auslieferung der drei Ouvéa-agenten, die sich auf Anraten Tricots mittlerweile bei der französischen Polizei meldeten, deren Auslieferung Paris aber ablehnt.

Dem französischen Botschafter in Neuseeland wurde von der neuseeländischen Regierung nahegelegt, zu „Konsultationen nach Paris zurückzukehren".

Auch die Organisation Greenpeace hat den Tricot-Bericht zurückgewiesen. Greenpeace kündigte in verschiedenen Ländern und vor dem internationalen Gerichtshof in Den Haag juristische Schritte an. Greenpeace hob aber vor allem hervor, daß es darauf ankomme, daß hinter dem Mordanschlag nicht der politische Inhalt, der Kampf gegen die französischen Atomversuche, in Vergessenheit gerate. Im Zusammenhang mit den in Genf laufenden Verhandlungen über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen gehe es auch darum, Druck auf Frankreich auszuüben, um es zum Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag zu bewegen.

Greenpeace hat inzwischen ein neues Schiff ausgerüstet, das zum Murora-Atoll ausgelaufen ist, um gegen die französischen Atomwaffenversuche im Pazifik zu protestieren. Mitterand hat angeordnet, das Greenpeace-Schiff notfalls mit Waffengewalt am Eindringen in das Versuchsgebiet zu hindern.



Schwere Geschütze gegen Greenpeace

Israel / Palästina

Steine in der Westbank beschlagnahmen?

In den von Israel besetzten Gebieten des Westjordanlandes kehrt keine Ruhe ein. Um die Besetzung endgültig zu machen, gehen rechtsradikale zionistische Gruppen israelischer Siedler immer brutaler vor. Die Politik der Vertreibung der dort lebenden Palästinenser, die Unterdrückung, Enteignung wird forciert.

Wie weitgehend die Diskussionen bei den Herrschenden Israels gehen, macht ein Artikel deutlich, den die Informationsstelle Palästina jetzt veröffentlichte. Ein Artikel aus Al Sharq Al Awsat vom 20. August berichtet über den Plan israelischer Sicherheitskräfte, alle Steine im besetzten Gebiet zu entfernen ...

Wo eine Macht illegal herrsche, werde sie immer wieder Revolten und Revolutionen hervorrufen, meinte die der Arbeiterpartei nahestehende israelische Tageszeitung DAVAR in einem ihrer jüngsten Editorials. Diese Wahrheit, die einem Naturgesetz gleiche, gelte auch für den wachsenden Widerstand der Palästinenser in den besetzten Gebieten. Anlaß für diese Bemerkung der Zeitung sind die Diskussionen eines Sicherheitsstabes, der geeignete Maßnahmen finden soll, um vor allem dem „Steinewerfen" in der Westbank zu begegnen und den Widerstand allgemein einzudämmen.

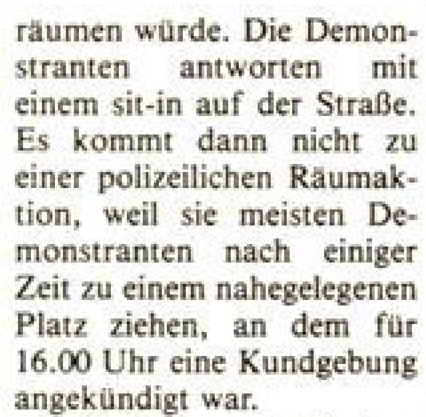
Auf der Sitzung dieses Stabes wurden die verschiedensten Möglichkeiten durchdiskutiert. Doch kamen die Teilnehmer darin überein, daß es eine hundertprozentige Lösung des Problems nicht geben könne. Einer der Teilnehmer, so berichtet DAVAR, schlug in der Sitzung vor, sämtliche Steine aus der Westbank zu entfernen, denn, so meinte er, wenn es keine Steine mehr gäbe, könnte auch keine geworfen werden. Dieser Vorschlag sei indes nicht auf die notwendige Gegenliebe gestoßen.

DAVAR meint weiter, daß jede israelische Regierung, die glaube, den Widerstand in den besetzten Gebieten total beenden zu können, in einer gefährlichen Traumwelt lebe. DAVAR wörtlich: „Wir stehen vor zwei Möglichkeiten. Entweder wir setzen unsere Anstrengungen fort, um die besetzten Gebiete in den Griff zu bekommen, weil wir glauben, daß sie uns gehören oder für uns von lebenswichtiger Bedeutung sind — d.h. wir werden ewig mit dem Widerstand und der Unsicherheit leben — oder wir schaffen dort eine politische Situation durch eine Lösung politischer Natur. Es ist unbestritten, daß die Vergeltungsschläge jüdischer Siedler und die Politik der eisernen Faust seitens der Sicherheitsbehörden zu einer vorübergehenden Beruhigung der Situation führen können, aber solche Maßnahmen werden kaum eine Lösung des Problems bringen. Die nächste Welle des Widerstandes läßt sich damit nicht vermeiden."

DAVAR vermag sich in diesem Zusammenhang einen Hinweis auf die israelischen Rabbiner nicht zu verkneifen. Die Zeitung fordert sie auf, ihre Parolen des „Genickbrechens", der Demonstration von Stärke und den Drohungen, daß das jüdische Blut nach Rache rufe, einzustellen. Sie sollten endlich der Tatsache ins Auge sehen, daß es für jüdische Siedler auf der Westbank kein sicheres und normales Leben geben könne, solange Israel von den mehr als eine Million Palästinenser in diesem Gebiet als Besatzungsmacht betrachtet werde. „Selbst wenn wir aus diesen Gebieten sämtliche Steine und Messer entfernen, werden den Leuten Fäuste, Nägel und Zähne bleiben, mit denen sie weiterkämpfen", schließt DAVAR.

Aktionen gegen FAP in Dortmund

„Macht den Laden dicht! Verbot der FAP"



Für Freitag, den 23.8.85 hatte die FAP, der „legale Arm der Bewegung" (Michael Kühnen) eine offizielle Eröffnungsfeier ihres Büros in der Schlosserstraße in Dortmund angekündigt. In den wenigen Tagen, die den Antifaschisten zur Vorbereitung von Aktionen blieben, formierte sich eine Protestbewegung, wie es sie bisher in Dortmund noch nicht gegeben hat. Sie umfaßte praktisch alle politischen Kräfte außer CDU und FDP. Die Belegschaft des Hoesch-Werks Westfalenhütte schaltete sich aktiv ein. Und sehr viele forderten nicht nur die Schließung des Büros, sondern auch das Verbot der FAP.

Die Aktivitäten am letzten Freitag begannen im Hoesch-Werk Westfalenhütte. Vertrauensleute und Betriebsrat hatten für 14.00 Uhr zu einer Kundgebung aufgerufen, bei der eine Gedenktafel für die Opfer des Faschismus aufgestellt werden sollte.

In dem Flugblatt, mit dem zu dieser Kundgebung aufgerufen worden war, hieß es u.a.: „Als Provokation verstehen Belegschaft, Vertrauensleute und Betriebsrat, daß am Freitag, dem 23.08.1985, die neuen und alten Nazis der FAP in Dortmund offiziell ein Parteilokal errichten wollen. Als Provokation und Verhöhnung der Opfer unserer Belegschaft verstehen wir, daß es keine ‚rechtlichen' Mittel geben soll, dies zu verhindern..."

Auf der Kundgebung wurde berichtet, daß Betriebsrat und Vertrauensleute in einem Brief den Dortmunder Oberbürgermeister aufgefordert hatten, gegen die FAP und ihr Büro vorzugehen. Der OB hatte geantwortet, daß er dafür sei, den neonazistischen Aktivitäten kompromißlos entgegenzutreten, ein Verbot aber nicht in seinen Zuständigkeitsbereich falle. Immerhin sprach sich der OB aber nicht mehr — wie bisher — gegen ein Verbot aus, sondern versprach, entsprechende Bestrebungen zu unterstützen.

Damit war für die Hoesch-Kollegen aber das Problem, daß die FAP nur wenige Straßen weiter ein Büro betreibt, noch nicht erledigt. Betriebsratsvorsitzender Naß auf der Kundgebung: „Wir müssen aktiv gegen die FAP vorgehen, sonst geht die FAP gegen uns aktiv vor." Und: „Wir können als Betriebsrat nicht offiziell dazu aufrufen zu marschieren; aber daß wir gleich marschieren werden, das ist klar."

Tatsächlich zogen dann mehrere hundert Kollegen in einem Demonstrationszug vor das FAP-Büro. Dort erschallten dann immer wieder Sprechchöre wie: „Nazis raus aus unserer Stadt". Als ein ehemaliger KZ-Häftling das Lied von den Moorsoldaten anstimmt, singen viele mit. Einer der FAP-Anhänger, die in ihrem Büro versammelt sind, versucht die Demonstranten zu provozieren, indem er sich — in Nazi-Kluft und mit Hitler-Gruß — im Eingang aufbaut. Es fliegen Farbbeutel. Einige der Demonstranten versuchen, in das Büro einzudringen. Es kommt zu einer kurzen Auseinandersetzung mit der Polizei.

Anschließend fordert ein Betriebsrat die Hoesch-Kollegen auf zu gehen. Die meisten folgen dem Aufruf. Kaum sind die Hoesch-Kollegen weg, verkündet die Polizei, daß sie jetzt die Straße räumen würde. Die Demonstranten antworten mit einem sit-in auf der Straße. Es kommt dann nicht zu einer polizeilichen Räumaktion, weil sie meisten Demonstranten nach einiger Zeit zu einem nahegelegenen Platz ziehen, an dem für 16.00 Uhr eine Kundgebung angekündigt war.

Alle Redner dort fordern die Schließung des Büros und Maßnahmen gegen die FAP. Bodo Champignon, SPD-Landtagsabgeordneter aus Dortmund, erklärt dort, daß es die rechtliche Möglichkeit gäbe, mit 50 Landtagsabgeordneten aus NRW ein Verbot der FAP beim Verfassungsgericht einzuklagen und verspricht, sich dafür einzusetzen, daß diese 50 Abgeordneten zusammenkommen. Wir meinen, daß ein solcher Weg, das Verbot durchzusetzen, für die Antifaschisten vor Ort gute Möglichkeiten bieten, die politische Auseinandersetzung und den öffentlichen Druck zu verstärken und deshalb unbedingt unterstützt werden sollte. (Wir werden in einem der nächsten RMs noch einmal dazu Stellung nehmen.)

Ein Teil der Demonstranten blieb auch nach der Kundgebung noch an Ort und Stelle. Für sie endete dieser erfolgreiche Aktionstag gegen die FAP erst nach 21.00 Uhr mit einem Demonstrationszug von der Schlosserstraße zum Dortmunder Nordmarkt.



Transparent der KPD


Vor dem Büro der FAP



Demonstrationszug der Hoesch-Kollegen

K 14 lügt für FAP

Bei der Demonstration vor dem FAP-Büro verteilte die Polizei ein Flugblatt, in dem es hieß: „Wie die Polizei verbindlich in Erfahrung brachte, findet die geplante Veranstaltung der FAP heute und auch in den nächsten Tagen nicht statt."

Warum die Polizei so „verbindlich" Auskunft geben konnte, plauderten FAPler aus. FAP-Landtagskandidat gegenüber der „Westfälischen Rundschau": „Unsere Bundesgeschäftsstelle haben wir schon am vergangenen Wochenende aufgemacht. Das 14. Kommissariat der Polizei war auch darüber informiert. Die haben auch gelacht und gesagt, jetzt gucken die Linken aber ganz schön in die Röhre."

Wozu noch anzumerken ist, daß der 23.8. als Einweihungstermin für das FAP-Büro von der Polizei lanciert worden war, die der Presse gegenüber erklärt hatte, sie sei darüber informiert und rechne mit Gegendemonstrationen...

Die Polizei hat a' offensichtlich die Do munder Öffentlichkeıt belogen. Im Interesse der FAP. Die Grünen wollen die Sache jetzt im Polizeibeirat der Stadt zur Sprache bringen. Dieser Skandal muß Folgen haben.

Gemeinsame Erklärung des Personalrates Stadtverwaltung und der ÖTV-Vertrauensleuteleitung Stadtverwaltung

Kein Neonazi-Büro in Dortmund

Mit großer Empörung und Sorge nehmen wir die Absicht der neonazistischen FAP zur Kenntnis, im 40. Jahr der Befreiung von Faschismus ein Büro in Dortmund zu eröffnen.

Es darf nicht möglich sein, daß in einer Stadt mit einer langen und großen Arbeiter- und antifaschistischen Tradition der Hauptstützpunkt einer neofaschistischen Organisation errichtet wird. Wir befürchten, daß der Terror gegen unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen, sowie gegen deutsche Demokraten und Gewerkschafter weiter ausufern wird.

Gegen diese Gefahr müssen wir uns gemeinsam wehren. Wir halten es mit der Feststellung des CDU-Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Franz Böhm, der 1960 dazu aufforderte: „Daß eine Nation, die nicht will, daß so etwas wie der Nationalsozialismus aufkommt, sich nicht auf ihre Staatsanwälte und auf ihre Polizei verlassen darf, sondern auf die Straße gehen muß, in die Hände spucken und sich zur Wehr setzen muß, wenn irgendwelche Leute eine gehässige Politik propagieren."

Gemeinsam mit dem letzten Gewerkschaftstag der ÖTV fordern wir alle Verantwortlichen in Bund, Land und Stadt auf, den Neonazis entgegenzutreten. Wir fordern:

- die Gesetze und den Auftrag unseres Grundgesetzes ernst zu nehmen und alle neonazistischen Vereinigungen aufzulösen und wieder zu verbieten. Dies gilt auch für die alten SS-Traditionsverbände und -Gliederungen, sowie für die FAP.
- Verbot aller faschistischen Propagandamaterialien in Form von Büchern, Zeitschriften, Schallplatten und Filmen.
- Verbot der Herstellung, Einfuhr und Verbreitung neonazistischen und volksverhetzenden Schrifttums.
- Strafrechtliche Verfolgung jeder Verharmlosung von faschistischen Greueltaten.
- Bekämpfung der Rassenhetze und Ausländerfeindlichkeit. Verbot der profaschistischen Grauen Wölfe und ihrer Tarnorganisationen.

Termine ★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★

Woche der ausländischen Mitbürger

Vom 29.9. bis 5.10.1985 soll eine Woche ausländischer Mitbürger stattfinden, zu der der Bundesvorstand des DGB und der Ökumenische Vorbereitungsausschuß, dem Vertreter aller christlichen Kirchen angehören, aufrufen. Der gemeinsame Aufruf von Gewerkschaften und Kirchen dazu fordert u.a. ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für die Familienangehörigen ausländischer Arbeiter, uneingeschränkten Familiennachzug, gesichertes Aufenthaltsrecht auch bei Arbeitslosigkeit und bei Sozialhilfebezug. (S. dazu auch RM 26/85)

Alternativkonferenz „Atombomben made in Germany?"

Vom 6. bis 8. September 1985 findet in der integrierten Gesamtschule Bonn-Beuel die bundesweite Alternativkonferenz: Atombomben made in Germany? statt.

Zur Teilnahme und Unterstützung an dieser Konferenz hat auch der Große Ratschlag der Friedensbewegung im Juni aufgerufen.

Kontaktadresse für die Alternativkonferenz: Trägerkreis Atomwaffensperrvertrag, c/o H. Lorscheid, Klemens-Hofbauerstr. 17, 5300 Bonn.

Frankfurter Appell

Am 21./22. September findet die nächste Sitzung des Koordinationsausschusses des „Frankfurter Appells" statt. Schwerpunktthema ist die weitere Diskussion und konkrete Vorbereitung der für den 23./24. November ins Auge gefaßten ausländerpolitischen Konferenz. (Aufruf und Vorschlag dazu im RM 23/85).

Für den Ablauf dieser Konferenz liegt inzwischen ein Vorschlag des Koordinierungsbüros des „Frankfurter Appells" vor. Danach soll der Ablauf der Konferenz in etwa so aussehen:

Freitag abend: Eröffnungskonzert;
Samstag vormittag ein einführendes Plenum; dann Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:
Ausländerbeiräte — Diskussion über die Rolle der Ausländerbeiräte und Erfahrungsaustausch;
Kommunales Wahlrecht für Ausländer — Diskussion unter Beteiligung von Aktiven aus Frankreich und den Niederlanden, Erfahrungsaustausch; **Niederlassungsrecht** — Diskussion über den Gesetzentwurf der Grünen und der SPD; wie könnte ein solches Gesetz durchgesetzt werden?;
doppelte Staatsangehörigkeit — Diskusson über pro und contra;
Ausländerpolitik — auf dem Hintergrund der aktuellen Situation in der Ausländerpolitik Diskussion über durchsetzungsstrategien für ausländerpolitische Forderungen.
Samstag abend: Asylveranstaltung gemeinsam mit CEDRI Basel;
Sonntag vormittag: Abschlußplenum, auf dem eine Resolution zum weiteren Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit diskutiert und verabschiedet werden soll. Einen Vorschlag für eine solche Resolution legt das Koordinierungsbüro beim Treffen des Koordinationsausschusses am 21./22. September vor.

Alle Organisationen, Initiativen usw. sind aufgerufen, den Vorschlag für eine ausländerpolitische Konferenz im November zu diskutieren und sich auch über den konkreten Ablauf der Konferenz Gedanken zu machen. Am 21./22. September wird insgesamt darüber beraten und entschieden. Das Koordinationsbüro ist zu erreichen über die Nummer: (069) 731092



Vor kurzem hat Heiner Geißler angekündigt, daß der Gesetzentwurf des Kabinetts über einen Erziehungsurlaub noch im September in den Bundestag gehen soll. Aus diesem Anlaß veröffentlichen wir in dieser Ausgabe einen Beitrag von Genossinnen aus Stuttgart zur Frauenpolitik der CDU und werden uns in den nächsten Ausgaben des RM noch genauer mit dem Gesetzentwurf selbst beschäftigen.

Das CDU-Frauenprogramm und das Kapital oder – Wie verkaufe ich mehr Ausbeutung als mehr Wahlfreiheit?

Daß das Ziel des Kapitals die Effektivierung der Ausbeutung und damit die Steigerung der Profitrate ist, ist nichts Neues. Neu ist allerdings, die Forderungen des Kapitals hinter der Fahne für die Gleichberechtigung der Frau zu verstecken. Der CDU ist dies glänzend gelungen, so glänzend, daß selbst Alice Schwarzer dem Frauenprogramm der CDU applaudierte.

Ist die CDU jetzt zu einer Partei geworden, die die Gleichberechtigung der Frauen durchsetzen will? Man, und besonders frau, ist berechtigterweise skeptisch. Hat nicht die CDU/FDP-Koalition in den letzten Jahren bei den Frauen ca. 20 Mrd. durch Sozialabbau eingespart? Was ist mit dem neuen Scheidungsgesetz, das Unterhaltszahlungen wieder von der „Schuldfrage" abhängig macht, was ist mit der angestrebten Verschärfung des §218?! Die reaktionäre Ideologie der „neuen Mütterlichkeit" noch deutlich im Ohr, stellt sich die Frage, was die CDU veranlaßt hat, sich zur Vorreiterin im Kampf für die Gleichberechtigung der Frau aufzuspielen. War es nur die Tatsache, daß der CDU die Wählerinnenstimmen fehlten? Nicht nur.

Ein Vergleich der „Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau" mit den wirtschaftspolitischen Forderungen der Industriellenverbände hilft gleich ein gutes Stück weiter in dieser Frage. Als Beispiel für die Strategie des Kapitals ein Zitat des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Langmann, vom März dieses Jahres: „Marktwirtschaftliche Erneuerung muß als erstes überall dort einsetzen, wo es um mehr Flexibilität im Wirtschaftsleben und um die Erweiterung des unternehmerischen Handlungsspielraum geht. Zahlreiche bürokratische Hemmnisse haben zu Verkrustungen geführt, die sich als Wachstumsbremsen erweisen. Das Lösen dieser Bremsen muß ein besonderes Anliegen der Bundesregierung bleiben; sie muß ihre Bemühungen auf diesem Felde intensivieren und gleichzeitig darauf achten, keine neuen Erschwernisse zu schaffen. Außerdem sind mobilitäts- und flexibilitätshemmende Vorschriften im Arbeits- und Sozialrecht den geänderten Erfordernissen anzupassen. Ich begrüße deshalb die von der Bundesregierung im Beschäftigungsförderungsgesetz vorgesehenen Flexibilisierungen. Die Frage ist nur, ob nicht sehr viel mehr an Änderungen erforderlich wäre ..."

Das nennt Langmann als das erste von „vor allem fünf Aufgabenfelder(n), auf denen vorrangig Handlungsbedarf besteht."

Zum Vergleich das CDU-Frauenprogramm. Unter der Überschrift „Vereinbarkeit der Arbeit in Beruf und Familie" heißt es entsprechen: immer mehr junge Männer wollten sich auch im „Lebens- und Wirkensbereich der Familie" betätigen, aber: „Frauen und Männer erleben jedoch, daß die geltenden starren Arbeitszeitstrukturen der Vereinbarkeit von Arbeit in Beruf und Familie entgegenstehen. Die CDU fordert Arbeitgeber und Gewerkschaften auf, Arbeitszeiten und Arbeitsabläufe so flexibel zu gestalten, daß Väter und Mütter die Arbeit in Beruf und Familie besser vereinbaren können ... Die CDU fordert die Tarifpartner auf, Arbeitsplatzteilung und Teilzeitarbeit vermehrt anzubieten ... Bund und Länder sollen die Errichtung von Teilzeitarbeitsplätzen ... nutzen." Nicht, daß man nicht auch die Nachteile solcher Arbeitsplätze sähe, diese jedoch „sind abzubauen". Und: „Bei Arbeit auf Abruf muß die Abrufzeit durch eine gesetzliche Regelung eingegrenzt werden." Nur, im neuen Entwurf der Arbeitszeitordnung der Bundesregierung ist von solch einer gesetzlichen Regelung kein Wort zu lesen. Stattdessen aber dafür, daß das Nachtarbeitsverbot für Frauen erst ab 22.00 Uhr gelten soll, anstatt wie bisher ab 20.00 Uhr. Das paßt dann auch prima zusammen mit der Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten, die auch der Vereinbarkeit von Beruf und Familie dienen soll. Um der Frauenarbeitslosigkeit und dem Mangel an Ausbildungsplätzen entgegen zu wirken, ist „die Mobilität Jugendlicher und junger Frauen zu fördern." Im Kapitel „Frauen und neue Technologien" lesen wir erfreut, welche neuen Chancen der Flexibilisierung sich da ergeben, ja, bestimmte Tätigkeiten sind sogar „zunehmend auch zu Hause ... möglich."

Am besten ließ sich die Werbetrommel ja mit dem Erziehungsgeld rühren: Ab 1.1.86 zehn Monate, ab 1.1.88 12 Monate lang 600,— DM pro Monat, bei der Möglichkeit, in das alte Beschäftigungsverhältnis zurückzukehren. Die Arbeitsplatzgarantie, also an den selben Arbeitsplatz für den gleichen Lohn und die selben Arbeitsbedingungen zurückkehren zu können, ist damit gestorben.

Nachdem im neuen Beschäftigungsförderungsgesetz die Möglichkeit der Kapitalisten, befristete Arbeitsverträge abzuschließen, sowieso schon auf bis zu zwei Jahre ausgedehnt wurde, fordert die CDU in ihren „Leitsätzen für die neue Partnerschaft zwischen" — Man sollte eher sagen — Kapital und Frau, daß die „Möglichkeiten befristeter Arbeitsverträge für Ersatzkräfte (für die, die das Erziehungsgeld in Anspruch nehmen, d. V.) **auf Dauer** (!) garantiert" sein muß. Man kann sich leicht ausrechnen, daß unter solchen Bedingungen Frauen im gebärfähigen Alter — also fast alle — erst gar nicht unbefristet eingestellt werden, und folglich nach einem Erziehungsjahr auch keine, wie auch immer geartete Garantie einzulösen haben werden.

Die CDU benützt die gesellschaftliche Benachteiligung der Frauen als Zugpferd, um Rechte der Arbeiterklasse abzubauen, die für das Kapital eben nur „bürokratische Hemmnisse" sind. Die Forderungen der Unternehmer nach mehr Flexibilität und „kapazitätsorientierter" Arbeitszeit, nach dem Abbau der „mobilitäts- und flexibilitätshemmenden Vorschriften", werden als Forderungen der Frauen für ihre Gleichberechtigung verkauft. Seit Beginn des Kapitalismus dienten die Frauen dem Kapital als Lohndrückerinnen. Heute sollen sie dazu dienen, den Normalarbeitstag abzubauen. Das Kapital wünscht Arbeitskräfte, die sich flexibel nach der jeweiligen Auftragslage richten. Die Frauen bringen hierfür „besondere Fähigkeiten" mit, wie z.B. „schnelles Einstellen auf veränderte Situationen, Flexibilität, Intuition, Kreativität — in einer Zeit des Wandels, der Umstellung moderner Betriebe ..." (Geißler)

Um zu unserer Ausgangsfrage zurückzukommen, was die CDU veranlaßte, solch ein Frauenprogramm zu verabschieden: ein Propagandamittel für die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes in der Hand zu haben, ist natürlich nicht der einzige Grund. Vielmehr scheint es, daß die CDU begriffen hat, welchen Stellenwert die Frauenfrage auch für sie hat: nämlich daß ohne eine neue Politik gegenüber der Benachteiligung (von Unterdrückung ist so gut wie nie die Rede) der Frauen, ein längerfristige Herrschaft des konservativen Lagers überhaupt in Frage steht: in den Familien, den Keimzellen des Staates, gärt es ständig, es gibt keine moralischen Skrupel mehr gegen Scheidungen, (sehr wohl aber gewaltige finanzielle Probleme für die Frauen), die Arbeitslosigkeit läßt sich trotz Aufschwung nicht beseitigen, noch läßt sich das Bevölkerungswachstum ankurbeln, noch der soziale Frieden in der Gesellschaft sichern, wenn nicht die Frauenfrage irgendwie „gelöst" wird. Und die CDU präsentierte uns jetzt ihre konservative „Lösung":

Die Ehe ist immer noch „unersetzbar" und „auf Dauer angelegt", die Familie der „wichtigste Ort individueller Geborgenheit und Sinnerfahrung". Neu ist, daß jetzt auch der „Vater" entdeckt wurde (früher nur Ernährer). Die „Eltern tragen gemeinsam ... die Verantwortung für ihre Kinder" und „für das ungeborene Leben", sowie für die „Haushaltsführung und die Betreuung älterer Familienangehöriger" und der „Erwerbstätigkeit". Trotzdem: „Vater und Mutter sind nicht beliebig austauschbar." Aber bis auf diesen letztgenannten Rückfall wird sich immer Mühe gegeben, geschlechtsneutral zu formulieren, also „Frau und Mann ..." oder „Mutter und Vater ...". Das geht so weit, daß „Frauen **und Männer** dazu bessere Chancen erhalten müssen. Nämlich die Frauen zum Engagement in den Parteien und Verbänden etc., die Männer im Haushalt und in der Familie. Als ob es Männern an den „Chancen" mangelte, sich an der Hausarbeit zu beteiligen.

Die Arbeit in der Familie erfährt eine gewaltige Aufwertung, sie ist jetzt „mindestens genauso viel wert wie die Arbeit im Beruf". Nur, die Anerkennung der Tatsache, daß Hausarbeit und Erziehung eben wirklich Arbeit sind, ändert ja noch gar nichts am Charakter dieser Arbeit, an der Isolation, an der extremen psychischen Belastung usw.

Die Anerkennung dieser Arbeit kostet nichts, oder wenigstens fast nichts, eben ein Jahr lang 600 Mark im Monat. Das ist wesentlich billiger als die Kinderkrippen und Tagesheime so zu gestalten, daß sie nicht bloße Aufbewahrungsanstalten sind, daß sie nicht so teuer sind, daß sie sowieso fast den ganzen Lohn schlucken. Das Erziehungsgeld kostet natürlich weniger als z.B. staatlich subventionierte billige Restaurants, die die Familien (die Frauen) von dem täglich dreimaligen Kochzwang befreien würden, und es hat außerdem noch den Riesenvorteil, die Arbeitslosenstatistiken aufzubessern.

Es geht also nicht um die Befreiung der Frau bis zum Jahre 2000, sondern darum, es durch die Anerkennung der Haus- und Erziehungsarbeit weiterhin zu ermöglichen, diese Arbeiten in steigendem Maße wieder ausschließlich der Familie zu überantworten. Und diese Verantwortung soll auch über die Kernfamilie hinaus auf weiter entfernte Verwandte ausgedehnt werden. So wird z.B. beim Antrag auf Sozialhilfe überprüft, ob nicht Großeltern oder Enkel die Kosten übernehmen können; so sollen z.B. Kranke so bald wie irgend möglich wieder zu Hause gepflegt werden, um Krankenhauskosten zu sparen; so werden für die schulischen Leistungen eines Kindes wieder zunehmend die Eltern (Mütter) verantwortlich gemacht, anstatt die Schule selbst; die Beispiele ließen sich sicher vermehren. Wer also dachte, die Familie sei nur noch ein Überbleibsel aus älteren gesellschaftlichen Perioden, und hätte im Kapitalismus eigentlich keine Funktion mehr, der sieht sich hoffentlich eines besseren belehrt.

Ansonsten bietet das Programm noch einen Haufen moralischer Appelle — an die Männer, die Tarifpartner, die Parteien, die Hochschulen und Kultusminister, sie sollten doch bitte, bitte die Frauen stärker berücksichtigen. Konkrete Maßnahmen wie z.B. Quotierungen bei der Vergabe von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, bei der Wahl von Gremien usw. wären da natürlich etwas anderes. Oder, anstatt die „Methoden der Selbstkontrolle zu verbessern", wie die Werbungsindustrie aufgefordert wird, sollte man lieber sexistische Werbung unter Strafe stellen.

Und nun zur Schlußbemerkung: Daß ein Kapitel über die sexuelle Unterdrückung und das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren eigenen Körper im CDU-Frauen-Programm fehlt, ist natürlich nicht verwunderlich. Es ist nur eine neuerliche Bestätigung der alten Erkenntnis der Frauenbewegung, daß die Verweigerung dieses Selbstbestimmungsrechts ein zentrales Mittel zur Aufrechterhaltung der patriarchalisch-kapitalistischen Machtstrukturen ist.

Kostensenkung in Krankenhäusern: Du bist ein Kostenfaktor

Das ist die Überschrift der „sozialistischen Betriebszeitung" am Karlsruher Klinikum. Darin setzen sich die Genossinnen und Genossen mit der Wirtschaftlichkeitsüberprüfung, die die berüchtigte Beraterfirma Ernst & Whitney am Klinikum machte, auseinander.

Die Krankenkassen waren in den Pflegesatzverhandlungen in 1982 nicht bereit, für die Pflegesätze in der Höhe, wie von der Klinikumleitung berechnet, aufzukommen.

Daraus resultierte das Verlangen die Kosten überprüfen zu lassen; das Regierungspräsidium erteilte am

- 3. Januar 1983 der Firma Ernst & Whinney, Frankfurt, den Auftrag, alle pflegesatzrelevanten Kosten zu überprüfen, Grundlage das Wirtschaftsjahr 1982.
- Bis Februar 1984 Ausarbeitung des Rohentwurfs für das schriftliche Gutachten.
- Rohentwurf: 248 Stellen im Klinikum sind unwirtschaftlich. Personalrat und Verwaltungsdirektion arbeiten wochenlang an der Stellungnahme dazu. Diese wurde Euch in den Personalversammlungen bekanntgegeben. Januar 1985 Besprechung des Rohentwurfs zwischen E&W und der Klinikumleitung.
- Juni 1985. Die Firma legt den Entwurf zum endgültigen Endbericht vor.

Der Personalrat zeigte in den Personalversammlungen im Juli die Methoden von E&W detailhaft auf. Z.B.:

- Benutzung der Anhaltszahlen der DKG von 1969. Neuhinzugekommene Aufgaben derletzten Jahre wurden nicht berücksichtigt.
- Häufig werden die niedrigsten Werte zugrundegelegt.
- Tätigkeitszeiten werden willkürlich festgelegt.
- Teilweise werden falsche Zahlen verwendet.
- Soziale Gesichtspunkte bei der Beschäftigung von leistungsschwächeren Kollegen/innen infolge Invalidität werden bei der eiskalten Berechnung abgelehnt.
- und so weiter, und so fort...

Für die Pflegepersonalbedarfsberechnung hat E&W die DKG-Anhaltszahlen für Erwachsenenpflege pro Tag, vom Jahre 1969 benutzt.

Die DKG geht in ihren Anhaltszahlen von 101 bis 112 Minuten bei Erwachsenen aus.

Einen Bereich einmal für ein paar Minuten ansehen und dann bedarfsgerechte Berechnungen erheben sollen, das übersteigt sicher nicht nur unser Fassungsvermögen.

54 Stellen der insgesamt 95 „Unwirtschaftlichen" fallen in diesen Bereich. E&W empfiehlt Teilbereiche zu privatisieren.

Am 31. Juli war die Besprechung zwischen E&W, der Klinikumleitung, dem Regierungspräsidium und den Krankenkassen. In den nächsten Wochen oder Monaten wird E&W aus dem Entwurf heraus den fertigen Endbericht vorlegen.

Kolleginnen und Kollegen, dieser Eindbericht stellt uns vor Tatsachen. Mache sich niemand etwas vor, daß aus dem jetzigen Entwurf noch relevante Abstriche gemacht werden, geschweige denn unsere miserable jetzige Situation richtig dargestellt wird. Der Endbericht wird dann Gegenstand der Verhandlungen zwischen Klinikumleitung und den Krankenkassen sein. Die Krankenkassen werden sich auf da das Gutachten stützen und die Kosten ablehnen. Dann werden die politischen Entscheidungen getroffen werden. Der Karlsruher Gemeinderat wird dann beschließen, ob und wie Stellenstreichungen durchgesetzt werden.

Hochschulgesetze stehen zur Verabschiedung im Bundestag

Alles und alle sind hier Ware

Es begab sich vor 1 1/2 Jahren, als der Außenminister ein Podium vor versammelten Unternehmern betrat, und ihnen Wichtiges verkündete. Er verkündete die Forderungen seiner Zuhörer. Er redete von der Schaffung einer neuen Elite, von größeren Einflußmöglichkeiten für Konzerne und Banken auf die Hochschulforschung, von der japanischen Gefahr und von Hochbegabten, von Risikokapital, was an die Hochschulen müsse; rauschender Beifall der Bundesversammlung der Arbeitgeberverbände war ihm sicher.



Wes Geld ich krieg, des Lied ich sing

Da war Herr Genscher nicht der einzige, der Spendengelder mit konkreter Politik vergolt. Hier versprach er im Namen der Bundesregierung, auch im Bildungsbereich die von den Kapitalisten gewünschte geistig-moralische „Wende" durchzuführen. Was daraus geworden ist, liegt in puncto Hochschulen nun zur letzten Lesung im Bundestag.

Die hochbegabte Bundesbildungsministerin ließ eine Neufassung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) ausarbeiten, die alles enthält, was das Kapital vor dem Bonner Regierungswechsel so eindringlich gefordert hatte. Der Professor, wieder Dreh- und Angelpunkt des Geschehens, soll Elite-Studiengänge durchführen, uneingeschränkt Auftragsforschung mit Gewinn machen dürfen. Er soll in den Hochschulen allein mit seinen Kollegen alles entscheiden und bekommt Assistenten wieder als Erfüllungsgehilfen „zugeteilt".

Dieser Professor aber, sowenig er höchstwahrscheinlich dahinter kommen wird, müßte im Ernstfall beliebige Aufträge annehmen, er würde zum direkten Angestellten seines Geldgebers.

Neues

Natürlich gibt es kaum etwas, was hier im „blühenden" Kapitalismus ohne Zustimmung des Kapitals läuft. Und so ist die Frage durchaus berechtigt, ob solche Hochschul-Gesetze überhaupt eine neue Qualität darstellen. Dazu kommt, daß diese Bundesregierung ja nun auch nicht die erste ist, die eine arbeiterfeindliche Bildungspolitik betreibt.

Aber es ist schon interessant und notwendig, den Motiven nachzugehen, die Arbeitgeberverbände und Banken dazu bewogen haben, gegen entschiedenen Widerstand sogar von Teilen der CDU, diese Gesetzesänderung durchzupowern. Man stößt dabei auf Ungeheuerlichkeiten, die jedem einigermaßen fortschrittlichen Menschen die Fußnägel aufrollen müßten. Sogar die Vorstände der Gewerkschaften und Teile der SPD scheinen dies in Ansätzen begriffen zu haben. Die Studentenvertretungen der meisten Hochschulen konzentrierten ihre Arbeit zu Recht auf den Kampf gegen diese Gesetze und im Juli kam eine Demonstration in Bonn mit etwa 40000 Teilnehmern zustande.

Die lange Leine

Viele Vermutungen ranken sich auch gerade in unserer Partei um die Geschichte der Hochschulen und damit der Studentenbewegung. Eines ist aber klar. Ab Mitte der 60er Jahre war das Kapital gezwungen, alle Hochschulen für neue Gruppen von Studenten zu öffnen. So leid es ihnen getan haben mag, ein großes Potential, sich frei fühlender Forscher und Lehrer an den Hochschulen konnte nur dann für den Produktionsprozeß genutzt werden, wenn zumindest ein gewisser Klimaänderung zugelassen wurde.

Die SPD, im Versuch den erhofften Schwebezustand zwischen Arbeit und Kapital einzunehmen, schrieb ein neues Hochschulgesetz. Die Hochschulen wurden an die lange Leine der linken Reformer genommen. Der Professor wurde seiner feudalistischen Rechte beraubt, die meisten Forschungsprojekte mußten offengelegt werden, in Nordrhein-Westfalen wurden Gesamthochschulen (Zugang zur Uni ohne Abitur) eingerichtet. Aber kaum eine der weitergehenden Forderungen der Studentenbewegung nach einer „Wissenschaft im Dienste des Volkes" wurden erfüllt.

Und gerade die SPD-FDP-Bundesregierung verstand es vorzüglich, ernsthaft fortschrittliche Ausbildungsgänge bürokratisch abzuwürgen. Ordnungsrecht an den Hochschulen, Numerus Clausus in Medizin ohne Berücksichtigung der beruflichen Vorbildung, mit Theorie überfrachtete Rahmenprüfungsordnungen, völlig unzureichendes Bafög, einige Beispiele, die den Anteil der Arbeiter- und Angestelltenkinder an den Studierenden noch während ihrer Amtszeit wieder von 14 Prozent auf 9 Prozent sinken ließen.



Der Schoß ist fruchtbar

Fragen wir nun diejenigen Schreibtischtäter, die der jetzigen Bundesregierung so lukrativ ihre Politik einflüstern. Was für Hochschulen wollen diese Leute?

Zitieren wir stellvertretend, weil klar und deutlich, J. Hentze, bayrischer Unternehmerfunktionär „(...) Die neue Elite muß wieder eine dienende Elite sein: drittens die Bereitschaft zur Selbstdisziplin, in deren Steigerung zu Verzicht, gegebenenfalls zu Askese und Opfer — Eigenschaften, die alle wahren Eliten zu allen Zeiten ausgezeichnet haben. In diesem Sinne noch einmal Hermann Lübbe: ‚Moral ist, was einem auch im Unglück zu existieren erlaubt'"

Mit welchem Unglück wird da gerechnet, welche Opfer erwartet? Nein, dieses Hochschulgesetz und die, die folgen würden, sind nicht allein ein zurück zu den Hochschulen der 50er Jahre. Hier wird eine bücherverbrennende Kleinbürger-Elite herbeigesehnt, die ihren Herrn und Meistern folgend, blind neue Instrumente für Krieg und Unterdrückung ersinnt. Und so werden fleißig schöne demokratische Gesetze erfunden, die voranbringen sollen, woran die Reaktionäre immer arbeiten: Fortpflanzungsmöglichkeiten für die, die vom Kapital als Elite angesehen werden.

Noch einmal der Unternehmersprecher: „Die zunehmende Einsicht, daß Elite ‚auch in der Demokratie' benötigt werden, führt neuerdings in sehr vordergründiger Konsequenz zu angestrengten Überlegungen, die Entwicklung der Elite für eine überlebensfähige Gesellschaft auf die Begabtenförderung in Schule, Universität und Beruf zu reduzieren. Danach pflegen sich die einschlägigen Forderungen auf die Schaffung sogenannter ‚Funktionseliten' zu richten. Das reicht dann von einer Facharbeiter-Elite, die in der Tat gewiß dringend nötig ist, über die Führungskräfte der Wirtschaft und die Beamtenschaft bis hin zu den Hochleistungssportlern oder den Fallschirmjägern der Bundeswehr. Aber solche Funktionseliten reichen nicht aus, um der Erosion einer Leistungsgesellschaft, die auch morgen und übermorgen Bestand haben soll, wirksam zu begegnen. Was Staat und Gesellschaft endlich brauchen, ist vielmehr eine ‚Wert- und Bewußtseinselite', etwas, das über die Funktionseliten hinausgeht: eine Elite, die ‚Orientierung schafft'."

Reagenzgläser

Wie nun schafft man die Reagenzgläser, in denen Elite wachsen soll? Wie sorgt man dafür, daß Elite ständig von unten aufgefrischt wird und trotzdem voll auf Linie bleibt?

Man sorgt zunächst für eine erhöhte Konkurrenz unter den Lernenden. „Leistungsabhängiges Bafög", Stipendium und gesicherte Arbeitsplätze für die Aufsteiger, Eingangsprüfungen, Durchfallquoten bis zu 80 Prozent. Die Schere im Kopf des Studierenden wird aktiviert.

Dann braucht es eine klare Trennung zwischen Elite und „Masse". Die „Hochbegabten" sprich „Hochspezialisierten" oder „Hochangepaßten" müssen unter sich bleiben, sollen vom Standpunkt des Kapitals auf den Rest der Welt herabsehen.

Hier ist ein Ende, an dem das neue Hochschulgesetz angreifen soll. Fachhochschulen werden klarer von Universitäten getrennt. Es soll „Steilkurse für Hochbegabte" geben, denen dann ein Teil der normalen Ausbildung erlassen wird. Und die Professoren bekommen die Aufgabe, diese Günstlinge auszuwählen, zu fördern und ihnen den Weg zu bereiten. Niemand soll diesen Geburtshelfern hineinreden, sagt das Gesetz. Niemand?

Produktionsmittel Hochschule

Die Auftraggeber dieses Gesetzes, Banken, Großkonzerne und die mittelständische Industrie, werden natürlich können. So wird es möglich, ganze Teile von Hochschulen zu mieten. Und der neue § 25 verfügt dann wörtlich, daß der angeheuerte Professor und sein ganzes Institut nur noch dem „jeweiligen Geldgeber verantwortlich" ist.

Die Professoren können zwar Gewinn machen. Aber, und das ist der Trick bei der Angelegenheit, sie werden es auch müssen. Marktverfaßte Hochschule nannten dies Frau Wilms und ihr ebenfalls hochbegabter Kollege Riesenhuber. Öffentliche Forschungsmittel sollen drastisch gekürzt werden, vor allem was solche „Orchideenfächer" wie Soziologie, Musik oder etwa Pädagogik angeht. Aber auch gerade für die technisch/naturwissenschaftlichen Fächer gilt: Wird nur das bezahlt, was Industrie und Kapital direkt nutzt, findet auch nichts anderes statt.

Die Hochschule der 90er Jahre

soll wieder voll und ganz dem Gott Profit dienen. In den Augen der Kapitalanleger hat die Hochschullandschaft lange genug brach gelegen und schreit nach wirtschaftlicher Ausbeutung. Das stinkt zum Himmel, für revolutionäre Sozialisten keine neue Erkenntnis.

Die wesentliche Gefahr aber, die von dieser Politik ausgeht, ist das weitergehende Einspannen eines immer größeren Teil der Wissenschaft und der Bildung für die Interessen des reaktionärsten Teiles des Finanzkapitals. Und der geht bekanntlich schnell über Leichen, um den Maximalprofit zu erreichen.

Wo wir Kommunisten erkannt haben, das Wissenschaft und Forschung niemals wertfrei sein kann, und hier im wesentlichen kapitalistisch ist, so wissen wir aber auch um die Notwendigkeit von Ansatzpunkten, an denen fortschrittliche Politik angreifen kann. Dieses Gesetz aber ist ein Stück von dem Radiergummi, welches alle Bemühungen der Linken um eine fortschrittliche Bildungspolitik der letzten Jahrzehnte ausradieren könnte. Die Hochschulpolitik der Rechten ist erster Ausläufer faschistoider Auslesepraxis und Gängelband für die letzte freie Wissenschaft zugleich. Deswegen ist ihr nach Kräften etwas entgegenzusetzen, wenn es daran geht, sie in den Bundesländern umzusetzen...

Literaturangaben

1. Weg mit dem Elitedreck, Broschüre der Kommunistischen Studenten
2. Zwischenruf Links Nr. 14 „Geschichte des Hochschulrahmengesetzes"
3. „Zukunft der Hochschulen", Zwischenruf Links Nr. 15 (erscheint Ende Oktober 85, Schwerpunktthema Zukunft), erhältlich im RM-Verlag
4. Joachim Hentsche, Leiter der Informationszentrale der bayrischen Wirtschaft 1982: „Für eine neue Elite", „Der Arbeitgeber", Nov. 82
5. Geschäftsbericht der Deutschen Bank 1982: „Brauchen wir eine neue Elite?"

Heiner Karuscheit / Alfred Schröder (KG / NHT) (Kommunistische Gruppe / Neue Hauptseite Theorie)

Kritik des Programmentwurfs der KPD

Vorbemerkung:

Nachfolgend abgedruckte Kritik ist Teil einer Broschüre (1), in welcher der vom ZK vorgelegte Programmentwurf umfänglicher kritisiert wird. In weiteren Abschnitten werden dort Fragen des Programmaufbaus, der Ökonomie, der Strategie und Taktik, der kritischen Unterstützung der SPD und des Sozialismusbildes der KPD behandelt. Kernpunkte der dort entwickelten Kritik sind die Aussagen des Programmentwurfs „zur Formierung der Reaktion und zur SPD. Sie unterstellen eine von den Programmautoren nicht näher nachgewiesene Rechtsentwicklung in der BRD und betreiben dabei zugleich eine Verharmlosung der SPD, indem der Entwurf das Schwergewicht auf einen vermeintlichen Unterschied zwischen der SPD und den anderen bürgerlichen Parteien legt. Diese Einschätzung ist symptomatisch für eine Zeit, wo die SPD sich in der Opposition befindet und in der Kritik an der Regierungspolitik weit nach links ausgreifen kann. Sie ist um so gefährlicher, da die revolutionäre Linke sich im Moment in einem Prozeß der Umgruppierung und Formierung befindet, wo die Herausarbeitung der eigenen Konturen in Abgrenzung von anderen Richtungen die eigentliche inhaltliche Aufgabe darstellt...

Was die Programmautoren nicht begriffen haben, ist die einfache Tatsache, daß, je grundsätzlicher und klarer die Einschätzung und Kritik der SPD entwickelt wird, desto unproblematischer und einfacher ein Zusammengehen in konkreten Fragen der praktischen Tagespolitik ist. Der Programmentwurf macht es genau umgekehrt. Er verwischt die klaren Grenzen zur SPD, jener nach links ausgreifenden Partei des Kapitals, und meint so die Grundlagen für eine Zusammenarbeit in praktischen Fragen zu verbessern. Er schafft Grundlagen, die Kommunisten zu einem Anhängsel und einem Wahlhilfeverein für die SPD zu degradieren ...“ (2)

In einem abschließenden Kapitel der Broschüre wird der Entwurf mit dem bisher gültigen Parteiprogramm verglichen und auf eine Programmkritik derselben Autoren aus dem Jahr 1977 (3) verwiesen.

Die Klassenanalyse

Als erstes treten die fehlenden Grundlagen in der Bestimmung der Klassen zutage; die gibt es nämlich nicht. Das alte Programm enthielt noch 12 Seiten allgemeiner Ausführungen über die Klassen. Da diese Passagen tatsächlich nur allgemein waren und keine Untersuchungen über die Klassenverhältnisse in Westdeutschland und ihre Entwicklung enthielten, hat man sie jetzt weggelassen, ist aber nicht in der Lage, an ihre Stelle etwas Besseres zu setzen.

Das Kapital taucht an unterschiedlichen Stellen und mit teilweise unterschiedlichen oder unzureichenden Bestimmungen auf. So ist die Rede von „den Kapitalisten, bei denen die Verfügungsgewalt über die Mittel der industriellen Produktion liegt“. (4) Vergessen wurde dabei, daß das Kapital nicht nur aus industriellen Kapitalisten, sondern entsprechend seinem Umschlag auch aus Handels- und Geld- bzw. Bankkapitalisten besteht. An anderer Stelle werden unterschiedliche Festlegungen über die Reichweite der durchzuführenden Enteignung getroffen. Einmal wird „die Enteignung der Kapitalisten, die Umwandlung der Industriebetriebe und Banken ... „in Gemeineigentum“ gefordert (S. 19); ein andermal wird nur „die Verstaatlichung der wesentlichen Produktionsmittel und großen Wirtschaftsunternehmen“ verlangt (S. 20). Das erste Mal werden also alle Kapitalisten unabhängig von Umfang und Bedeutung ihres Kapitals enteignet, das zweite Mal sind es nur Teile der Kapitalisten, das „große“ Kapital. Letzteres dürfte realistischer sein, denn die Überführung aller kapitalistischen Betriebe auf einen Schlag in Gemeineigentum setzt einen Reifegrad der Revolution voraus, der nicht unbedingt zu unterstellen ist.

Zur Arbeiterklasse wird ganz knapp gesagt, daß dazu „auch ein Großteil der Angestellten und ein Teil der Beamten gehört.“ (S. 17) Diese Bestimmung ist u.a. deswegen unbefriedigend, weil die an das Proletariat angrenzenden Mittelschichten nirgends näher gefaßt werden. Möglicherweise ist es sinnvoll, zwischen „alten“ Mittelschichten, die über eigene Produktions- bzw. Arbeitsmittel verfügen (Handwerker, Kleinhändler, Bauern etc.; das klassische Kleinbürgertum) und „neuen“ Mittelschichten, die lohnabhängig sind, zu unterscheiden. Um das begründet zu tun, ist es als erstes näher zu untersuchen, inwiefern der Charakter der Lohnarbeit und der Arbeiterklasse sich mit der Entwicklung des Kapitals gewandelt hat. Anstelle von Muskelkraft (Handarbeit) tritt offenbar zunehmend die Verausgabung von Nerven und Hirn im Ausbeutungsprozeß der Arbeitskraft. Der „produktive Gesamtarbeiter“ oder — weiter gefaßt — der lebendige Arbeitskörper der Gesellschaft wandelt dementsprechend seine Gestalt, indem körperliche Arbeit durch Einsatz von Maschinerie überflüssig gemacht wird und sich die Gewichte zugunsten der „Kopfarbeit“ verschieben. In diesem Zusammenhang wäre auch die statistisch steigende Zahl von Angestellten bei stagnierender oder sogar rückläufiger Zahl von Arbeitern zu berücksichtigen. Konnte das „Proletariat“ früher ohne große Irrtümer mehr oder weniger mit den „Handarbeitern“ ineinsgesetzt werden, so scheint das heute nicht mehr ohne weiteres möglich zu sein. Aber wo sind die Grenzen zwischen „Arbeiterklasse“ und lohnabhängigen „Mittelschichten“ zu ziehen — oder sind alle Lohnabhängigen dem Proletariat zuzurechnen und unterscheiden sich nur nach dem Wert ihrer Arbeitskraft, der unterschiedlich hoch ist, je nachdem, ob komplizierte oder einfache Tätigkeiten verrichtet werden? Das ist eine zugegeben schwierige Frage, deren Beantwortung politökonomische Forschungen und eine konkrete Klassenanalyse voraussetzt.

Der Programmentwurf schweigt sich dazu aus. Da offene Fragen durch Schweigen jedoch nicht zu lösen sind, tauchen sie an anderer Stelle wieder auf. Im Entwurf ist das typischerweise im politischen Teil der Fall. Dort werden plötzlich die „Mittelschichten“ als alle diejenigen bezeichnet, „die etwas besitzen oder glauben, etwas zu besitzen“.(S. 18) Soll das die bislang fehlende Definition der Mittelschichten sein — alle, die etwas besitzen oder das glauben? „Etwas“ hat auch die Arbeiterklasse schon immer besessen, nämlich ihre Arbeitskraft. Das ist wahrscheinlich so wenig gemeint wie eigene Produktionsmittel. Also soll unter „etwas“ wahrscheinlich der persönliche Besitz zu verstehen sein. Nun ist es jedoch so, daß zum persönlichen Besitz selbst von Teilen der Arbeiterklasse mittlerweile eine Eigentumswohnung oder gar ein Eigenheim gehört. Sind daher auch diese Teile, gleich welche Stellung im Produktionsprozeß sie innehaben, zu den „Mittelschichten“ zu rechnen? Die Frage so gestellt, wird deutlich, daß die Mittelschichten als Besitzer von „etwas“ nicht zu begreifen sind. Eine solche Formulierung stiftet im Gegenteil Verwirrung, und dokumentiert unübersehbar das Fehlen ernsthafter Klassenuntersuchungen, so daß es um so fragwürdiger erscheint, ein Programm zu schreiben, ohne wenigstens im Vorspann auf die Vorläufigkeit und Unzulänglichkeit der getroffenen Feststellungen hinzuweisen. In dem „Bericht über das Juni-Plenum des ZK“ 1985 stellt der „Rote Morgen“ fest: „Diskutiert wurde außerdem über die Frage, ob das Programm eine beschreibende Darstellung der Klassen und Schichten in der BRD enthalten soll oder nicht. Die meisten Anwesenden waren der Meinung, daß eine solche beschreibende Darstellung im Programm nicht sinnvoll ist, daß die Partei sich aber sehr wohl ein konkretes Wissen über Veränderungen in der Arbeiterklasse, über Zusammensetzung und Strukturen im Finanzkapital und über die sog. neuen Mittelschichten erarbeiten muß.“ (7) Dies ist das verspätete Eingeständnis des Fehlens einer fundierten Klassenanalyse, so daß das Problem auch weniger darin besteht, ob die Darstellung der Klassen im Programm „sinnvoll“ ist — sie ist der KPD-Führung über Allgemeinplätze hinaus gar nicht möglich, weil es an einer Klassenanalyse mangelt.

Auch die geforderte „Umwandlung des Grund und Bodens in Gemeineigentum“ (S. 19) erscheint uns problematisch. Die Verwirklichung dieser Forderung bedeutet die Enteignung sämtlicher agrarischer Produzenten, d.h. nicht nur des Großgrundbesitzes, sondern auch der Mittel- und Kleinbauern. Im vorigen Programm wurde lediglich die Enteignung des Großgrundbesitzes und der Agrarkapitalisten angekündigt; die Klein- und Mittelbauern sollten zur Gründung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften auf freiwilliger Basis gebracht werden. Das dürfte nach wie vor richtiger sein. Man steht sonst nicht nur nach der Revolution vor der kaum lösbaren Aufgabe, mit einem Schlag die landwirtschaftliche Produktion auf der Fläche von zuvor Hunderttausenden von Bauernhöfen gesellschaftlich zu organisieren. Außerdem macht die Forderung nach Nationalisierung des gesamten Bodens die über 1 Million Klein- und Mittelbauern, die in der BRD noch existieren (plus Familienangehörige) von vornherein zu geschworenen Gegnern der Revolution.

Die Stellung der Frau wird mit einem ganzen Satz erwähnt. Forderungen dazu werden gar nicht aufgestellt. Nach all dem, was die Frauenbewegung der letzten Jahre an Fragen und Positionen hervorgebracht hat, erscheint das mehr als dürftig.

Außen- und Militärpolitik der BRD

Zur Außenpolitik steht im Entwurf als erstes, es sei dem westdeutschen Imperialismus „gelungen, die Europäische Gemeinschaft unter seiner Vorherrschaft zu einem bedeutenden Machtzentrum auszubauen.“ (S. 18) Das entspricht gängiger Meinung in der Linken, ist aber nichtsdestotrotz falsch. Richtig daran ist, daß das westdeutsche Kapital in Westeuropa ökonomisch dominiert. Eine militärische Dominanz gibt es dagegen nicht, und politisch kann nur von einer französisch-deutschen, nicht jedoch einer deutschen Vorherrschaft über die EG gesprochen werden.



Militärisch wird dazu im Programmentwurf festgehalten: „Innerhalb der NATO ist (der westdeutsche Imperialismus; d.V.) nach den USA die stärkste Militärmacht.“ (ebda) Erwähnt ist hier nur die NATO; unklar bleibt, ob damit auch Frankreich eingeschlossen sein soll, das 1966 seinen Austritt aus der militärischen NATO-Integration verkündete, aber dem politischen NATO-Bündnis nach wie vor angehört. Wie dem auch sei — für einen militärischen Kräftevergleich in Europa ist es sinnvoll, Frankreich einzubeziehen. Diesbezüglich ist festzustellen, daß die Bundeswehr lediglich im konventionellen Bereich, und dort wiederum nur in den Landstreitkräften „stärkste Militärmacht“ ist. Sowohl Frankreich als auch insbesondere Großbritannien verfügen über vielfach stärkere Marinestreitkräfte. Darunter befinden sich Kreuzer und Flugzeugträger, während die größten Überwasserschiffe der Bundesmarine Fregatten bzw. Zerstörer sind. Beide Länder sind aufgrund ihrer Stärke zur See in der Lage, überseeische Militäroperationen durchzuführen, zu denen die BRD nicht fähig ist. So konnte Großbritannien seinen Anspruch, Weltmacht zu sein, im Falkland-Krieg nur deshalb aufrechterhalten, weil seine Marine ihm das ermöglichte. Diese Feststellungen sind deshalb wichtig, weil die Kriegsgeschichte zeigt, daß bei Konflikten zwischen einer Seemacht und einer Landmacht (die Deutschland traditionell darstellt) in der Regel die Seemacht den Sieg davonträgt. Die deutsche Blitzkriegführung im 2. Weltkrieg war wesentlich darin begründet, daß das Deutsche Reich keinen jahrelang andauernden Krieg durchstehen konnte, wie das bereits der erste Weltkrieg gezeigt hatte. Es war gezwungen, schnelle Siege zu erzielen. Großbritannien dagegen übte gemeinsam mit den USA die Herrschaft zur See aus. Es sicherte damit die andauernde Zufuhr von Rohstoffen, Lebensmitteln etc. und konnte sich auf eine langdauernde Kriegführung einrichten.

Deshalb war ein entscheidendes Motiv für den deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941, durch einen erneuten Blitzkrieg die materielle Basis sicherzustellen, um den sich abzeichnenden langen Krieg gegen Großbritannien und die USA durchzuhalten.

Vor allem aber darf nicht vergessen werden, welchen grundsätzlichen Wandel die Entwicklung der Atomwaffe für den militärischen Kräftevergleich mit sich gebracht hat. Großbritannien und Frankreich verfügen beide über Atomwaffen, während die BRD aus politischen Gründen noch auf absehbare Zeit an deren Besitz gehindert ist. Speziell die französische Atomrüstung dient unter anderem dazu, die ökonomische Unterlegenheit gegenüber Westdeutschland militärisch auszugleichen. Auf der anderen Seite ist die bürgerliche BRD aufgrund ihrer atomaren Unterlegenheit in ihrer politischen Handlungsfreiheit eingeschränkt und angewiesen auf das Bündnis mit einer Atommacht. Die Behauptung von der BRD als stärkster NATO-Militärmacht nach den USA ist daher aus verschiedenen Gesichtspunkten zu relativieren. Die Übernahme gängiger Klischeevorstellungen der Linken versperrt eher den Einblick

in die Zusammenhänge, als daß sie ihn fördert.

Die militärischen Verhältnisse sind ein Grund dafür, daß die BRD nicht — oder wenigstens nicht allein — die Vorherrschaft über die EG ausübt. Derartige Behauptungen sind bestenfalls kurzschlüssige Übertragungen der ökonomischen Kräfteverhältnisse auf den politischen Bereich. Hinzu kommt, daß die BRD auch politisch bestimmten Beschränkungen unterliegt, die Ausfluß der letzten deutschen Weltkriegsniederlage sind und denen die anderen europäischen Mächte nicht ausgesetzt sind. Die Souveränität der BRD ist nicht vollständig. Nach wie vor existieren alliierte Vorbehaltsrechte in bezug auf „Deutschland als Ganzes", die den westlichen Alliierten USA, Großbritannien und Frankreich Einflußmöglichkeiten auf die BRD geben (5) und umgekehrt nicht vorhanden sind. Im Programmentwurf wird dies nicht erwähnt. Die angeführten Tatsachen aber haben Konsequenzen. Gerade weil die westdeutsche Bourgeoisie nicht in der Lage ist, Westeuropa zu beherrschen, sucht sie das Bündnis mit Frankreich, um die gemeinsame französisch-deutsche Hegemonie über die EG zu verwirklichen. (6) Am Zusammengehen mit der BRD hat auch das französische Kapital Interesse, weil es zwar militärisch und politisch größeren Spielraum hat, ökonomisch aber nicht. Die „Achse Bonn-Paris" bildet darum schon von Anbeginn an das Kernstück der Europäischen Gemeinschaft.

Daraus ergeben sich bestimmte Schlußfolgerungen für das Verhältnis zu den USA. Dazu steht im Programmentwurf, daß die BRD in der gegenwärtigen „Zeit global wirkender Krisenerscheinungen, wachsender Weltmarktkonkurrenz und zunehmender sozialer Erschütterungen ... in der engen Anlehnung an die USA" den Ausweg sieht. (S. 18) Im Anschluß daran heißt es: „Unter den Bedingungen der weltweiten Krise und der daraus resultierenden Probleme für den Kapitalprofit nimmt der Kampf der imperialistischen Mächte um Rohstoffe, Anlagemöglichkeiten für das Kapital und Einflußgebiete immer aggressivere Formen an." Aus dem Zusammenhang muß dieser Satz so verstanden werden, daß damit der Kampf gegen die dritte Welt gemeint ist. Aber wenn schon im Satz vorher von „wachsender Weltmarktkonkurrenz" gesprochen wird — muß dann nicht benannt werden, daß sich neben einem gemeinsamen Kampf der Imperialisten gegen die unterentwickelten Länder gerade der Kampf zwischen den kapitalistischen Großmächten um Einflußsphären und Weltmarktteile in der dritten Welt entwickelt?! Und warum sollte die BRD sich dabei ausgerechnet an ihren größten Konkurrenten auf dem Weltmarkt anlehnen? Mindestens ist die Programmformulierung äußerst unklar.

Die enge Beziehung zu den USA und die Unterordnung unter deren Hegemonie in der NATO war und ist keineswegs Wunschziel westdeutscher Politik, sondern unliebsames Produkt der zweiten Weltkriegsniederlage. Im Gegensatz zum 1. Weltkrieg gelang es den USA nach dem 2. Weltkrieg, auf dem europäischen Kontinent Fuß zu fassen. Aufgrund des kriegsbedingten Niedergangs waren die alten kapitalistischen Weltmächte Europas so geschwächt, daß sie die Errichtung der US-Hegemonie über sich hinnehmen mußten. Die Nachkriegsgeschichte nach 1945 wird von den Linken im allgemeinen ausschließlich im Zeichen der gemeinsamen Gegnerschaft gegen die Sowjetunion interpretiert, ohne die Veränderungen im Lager der kapitalistischen Länder zu berücksichtigen. Bis zum 2. Weltkrieg waren die europäischen Mächte in der Lage, ihre Differenzen — oder Gemeinsamkeiten — mit der Sowjetunion alleine, ohne die USA auszutragen. Das Ergebnis des Kriegs war jedoch nicht nur die Stärkung der SU, sondern auch der Aufstieg der USA zur beherrschenden Vormacht über die anderen kapitalistischen Staaten.

Mittlerweile haben sich die Kräfteverhältnisse gegenüber den USA zwar nicht umgekehrt, aber doch zugunsten der westeuropäischen Staaten und Japans verschoben. Sie sind ökonomisch wiederaufgestiegen, während die USA ihnen gegenüber zurückgefallen sind. Die Vereinigten Staaten sind nicht mehr, wie noch in den 50er und 60er Jahren, der unangefochtene „Demiurg" bzw. Beherrscher des Weltmarkts. Das hat Folgen. Mit dem Amtsantritt Regans ist die US-Administration von der Entspannung zu einer Konfrontationspolitik gegen die UdSSR umgeschwenkt und hat den „Ost-West-Gegensatz" zur Leitlinie der Außenpolitik gemacht. In der Linken wird dies ausschließlich mit der Gegnerschaft gegen die Sowjetunion erklärt und in eintöniger Penetranz die amerikanische Vasallentreue der BRD behauptet. Diese Sichtweise negiert, daß die US-Politik eine Seite hat, die unausgesprochen — wenn auch von den europäischen Politikern wohl begriffen — gegen Westeuropa gerichtet ist. Im Zeichen des Ost-West-Gegensatzes errichteten die USA Ende der 40er Jahre ihre Hegemonie über Westeuropa, und unter diesem Banner wollen sie ihre mittlerweile angeschlagene Hegemoniestellung als Führungsmacht gegen die SU erneut festigen. Darum nimmt es nicht wunder, daß keine westeuropäischen Regierungen bisher bereit war, den amerikanischen Schwenk nachzuvollziehen. Insbesondere die BRD hat die Entspannungspolitik mit dem „Osten" als nach wie vor gültig bezeichnet und praktiziert sie auch, als Ausdruck ihrer Eigenständigkeit und zur Wahrung des in den letzten Jahrzehnten gewonnenen außenpolitischen Spielraums. Entspannungspolitik heißt nämlich nicht nur Gegnerschaft, sondern auch Zusammenarbeit mit dem Osten, und schafft dadurch ein Gegengewicht gegen die US-Abhängigkeit. Außerdem haben die EG-Staaten — wiederum in erklärtem Gegensatz zu den USA — den „Nord-Süd-Konflikt" dem „Ost-West-Gegensatz" gleichgeordnet. Sie dokumentieren damit, in welchem Maße sie gewillt sind, die Konkurrenz um die Märkte der 3. Welt gegen die USA auszutragen.

In dieser Frage enthält der Programmentwurf einen immanenten Widerspruch, der den Autoren offenbar nicht bewußt ist. Würde die BRD tatsächlich die „Vorherrschaft über die EG" innehaben, hätte sie kaum noch einen Grund zur „engen Anlehnung an die USA". Das ökonomische und militärische Potential der EG-Staaten zusammengefaßt und unter die Vorherrschaft einer Macht, der BRD, gestellt, fallen die tragenden Gründe für das Bündnis mit den USA wenn nicht ganz, so doch zu einem ganzen Teil weg. Mindestens bestände dann kein Grund mehr für eine besondere „Enge" dieses Bündnisses. Davon kann aber — noch — keine Rede sein. Das Dilemma der westdeutschen Republik besteht wesentlich darin, daß sie, selber ohne Atomwaffen, auf die Zusammenarbeit mit einer Atommacht angewiesen ist. Das sind bis heute die USA. Der deutsche Wunschpartner Frankreich hat sich nach wie vor, der BRD Einfluß- und Mitspracherechte auf den Einsatz der französischen Atomwaffen einzuräumen. Die französischen Regierungen waren bislang nicht einmal bereit, von sich aus das Territorium der BRD unter ihren atomaren Schutz zu stellen. Nach der noch von de Gaulle aufgestellten Doktrin wird die französische Atommacht ausschließlich im nationalen Interesse eingesetzt, und wann dieses Interesse verletzt ist, entscheidet allein die jeweilige Regierung. (7) Darum sind die westdeutschen bürgerlichen Parteien gezwungen, in welcher Regierungskonstellation auch immer, zwischen der vorbehaltlosen Unterstützung des EG-Aufbaus und der Anlehnung an die USA zu jonglieren, keinen Bruch mit den USA zu riskieren, aber gleichzeitig die weitere Stärkung der EG und vor allem die Zusammenarbeit mit Frankreich voranzutreiben. Diese beiden Linien der Außenpolitik sind noch nicht zu einem sich wechselseitig ausschließenden Gegensatz entwickelt; möglicherweise wird es jedoch eines Tages dorthin treiben. Aus der unterschiedlichen Bewertung über Zusammenhang und Gewichtsverteilung zwischen diesen Linien resultieren die außenpolitischen Differenzen zwischen CDU, CSU, FDP und SPD.

Man muß nicht wie wir die Auffassung teilen, daß die Tendenzen der geschichtlichen Entwicklung auf die Ablösung der BRD von den USA und auf die Vertiefung der Gegensätze zwischen Westeuropa und seinem atlantischen Verbündeten hinauslaufen. Auf jeden Fall ist es aber unzureichen, im Programm lediglich die — auch noch „enge" — Anlehnung an die USA zu benennen, ohne die andere Seite zu erwähnen.



Französische Sondereinheiten: Ohne Zweifel ist der hochgerüstete französische Imperialismus keine zweitrangige Macht in der EG

Abschließend soll noch etwas zu der Bemerkung des Programmentwurfs über die „in scharfem Tempo gesteigerte Aufrüstung" (S. 18) gesagt werden. Seit es die ML-Bewegung gibt, vergeht kein Jahr, ohne daß nicht in irgendeinem programmatischen Dokument, einer Parteitagsentschließung oder mindestens einem Grundsatzartikel so oder in ähnlichen Formulierungen eine „wahnsinnige Aufrüstung" behauptet wird. Ginge es nach diesen Behauptungen, würde der Staatshaushalt der BRD mittlerweile nur noch aus Rüstungsausgaben bestehen und wäre die Bundeswehr höher gerüstet als die sowjetische oder die US-Armee. Man muß nur einen Blick in die jährlich erscheinenden „Weißbücher" zur Sicherheit der BRD werfen, um festzustellen, daß der Rüstungshaushalt seit Beginn der siebziger Jahre zwischen 19 Prozent und 22 Prozent des gesamten Staatshaushales hin- und herpendelt. Eine besonders forcierte Aufrüstung hat bis heute nicht stattgefunden — auch nach der „Wende-Regierung" nicht. Die Behauptung von der „in scharfem Tempo gesteigerten Aufrüstung" ist um so ärgerlicher, weil sie sich auf die jüngste Zeit bezieht und unter der Hand suggeriert wird, die vorherigen SPD-Regierungen hätten nur halbherzig gerüstet. Ausgerechnet in den ersten Jahren der sozialdemokratischen Entspannungspolitik zu Beginn der siebziger Jahre stieg der Verteidigungshaushalt jedoch bis auf 22,4 Prozent des Bundeshaushalts 1974 (8), um erst später wieder abzusinken. Unter der „Wende-Regierung" dann erhöhte sich der Rüstungshaushalt z.B. 1984 um 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. (9) Damit stiegen die Rüstungsausgaben zwar stärker als die anderen Staatsausgaben, die lediglich um 1,8 Prozent anwuchsen. Unter Abzug der Inflationsrate liegt diese Steigerung jedoch ein ganzes Stück unter der NATO-Forderung, die einen jährlichen Zuwachs von real 3 Prozent vorsieht. Von einer „in scharfem Tempo" gesteigerten Aufrüstung kann jedenfalls nicht die Rede sein.

Wenn eine bürgerliche Klasse ihre Ziele besser mit politischen Manövern als mit Kanonen erreichen kann, tut sie das auch, ohne dadurch um einen Deut fortschrittlicher oder liebenswerter zu sein. Nur Kommunisten werden nicht dadurch glaubwürdiger, daß sie meinen, den Kapitalismus möglichst schwarz und kriegslüstern malen zu müssen — vor allem, wenn die Regierungsgeschäfte von der CDU/CSU geführt werden. Ihre Aufgabe ist vielmehr, nüchtern die Außenpolitik eines Landes zu analysieren, um daraus zu schlußfolgern, ob sie auf einen Krieg hinausläuft, dessen konkrete Vorbereitung sich in entsprechenden Rüstungsanstrengungen niederschlagen muß, oder nicht. Lediglich linksradikales Denken sieht in allen Maßnahmen der Herrschenden die Planung des nächsten Kriegs. Mindestens die Fortsetzung der Entspannungspolitik beweist aber, daß die westdeutsche Bourgeoisie gegenwärtig kein Interesse an einer politischen Verschärfung der Lage in Europa hat, geschweige denn einen Sinn in der Führung eines Krieges sieht. Auf derselben Ebene wirkt auch die im Entwurf behauptete „Militarisierung der Gesellschaft" (S. 18) wenig überzeugend. Von MLern seit 15 Jahren wiederholt, hätte die Richtigkeit dieser Behauptung die westdeutsche Gesellschaft schon lange in eine uniformtragende Militäranstalt verwandeln müssen. Die Gefährlichkeit derartiger, besonders „links" und „revolutionär" klingender Begriffe liegt darin, daß ihre permanente Wiederholung sie zu Leerformeln erstarren läßt und sie dann, wenn es tatsächlich zu einer Militarisierung kommt, unglaubwürdig macht.

Anmerkungen

1. Kritik des Programmentwurfs der KPD, VTK Verlag, 6000 Frankfurt/Mai 16, Postfach 16741, Preis 2,50 DM
2. ebenda, S. 28/29
3. Deus ex machina — oder wie die KPD/ML zu einem Programm kam, 82 Seiten, Preis 3,50 DM. Neben dieser Programmkritik wurden in der Reihe „Beiträge zur Programmdiskussion" im VTK noch vier weitere Titel veröffentlicht. Wer die gesamte Reihe bestellt, bekommt alle Broschüren zum Sonderpreis von 8,80 DM.
4. Der Programmentwurf wird im folgenden nach einer Veröffentlichung in der „Beilage ..." zitiert, hier S. 17
5. siehe dazu „Aufsätze zur Diskussion" Nr. 23
6. siehe dazu „Aufsätze zur Diskusion" Nr. 29/30
7. siehe dazu „Aufsätze zur Diskussion" Nr. 27
8. „Weißbuch ..." 1975/76 S. 209
9. „Weißbuch ..." 1983 S. 133

+ Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + + Leserbriefe

Falsche Richtung

Zu den Beiträgen zur Frauenfrage in den RMs 24/85 und 26/85 und den Leserbriefen dazu im RM 29,30/85

Die beiden Leserbriefe zu den o.g. Beiträgen unterstütze ich sehr, sie sagen das, was ich auch schon längst zu Papier an den RM bringen wollte.

Von mir noch einiges zu dem Beitrag im RM 26/85.

Ich finde, daß ihr eine ganz falsche Richtung einschlagt: „Zum einen strotzt der ganze Bericht von pauschalen, unbewiesenen Angriffen und Behauptungen gegen den Genossen MANN, und zum anderen weitet ihr euren Ärger über das Verhalten männlicher Genossen auf die Partei aus: „... Insofern tritt die revolutionäre Partei uns Frauen gegenüber wie jede andere Institution der Gesellschaft auf. Als männliche Organisation, als Organisation, in der Frauen nur dann einen Platz haben, wenn sie entweder bereit sind, sich den männlichen Wertvorstellungen zu unterwerfen und sich in einer ständigen Konkurrenz zu den Genossen behaupten oder wenn sie in weiblicher Selbstbescheidung ihren kämpfenden Männern selbstlose Hilfestellung leisten. Wir werden uns nicht damit zufrieden geben, daß wir unsere Forderungen zugunsten der ‚allgemeinen' zurückstellen müssen und wir lassen uns auch nicht auf den Kommunismus vertrösten. Allerdings haben wir nicht die Illusion, daß sich diese Zustände durch eine schnelle Einsicht der Genossen ändern werden ...“

Und so geht das noch weiter, auch später unter dem Punkt: „Was heißt das nun alles für das Programm“.

Was sagt ihr denn da?

1. Die Partei ist eine Organisation, die aus Männern besteht!
2. Da es bei euch keine Gesellschaft gibt, die in Klassen gespalten ist, sondern in Männern und Frauen, vertritt die KPD im Moment eben auch die Interessen der Männer (und nicht der Arbeiterklasse), weshalb es die Aufgabe der Frauen demnach ist, die Männer aus der Partei zu verdrängen oder sie mit den Aufgaben zu betrauen, die im Moment die Genossinnen machen „müssen“! Wenn das geschafft ist, was in euren Augen ja sehr schwer werden wird, wird die Zukunft rosig und kommunistisch werden.

Mal abgesehen davon, daß ihr nicht seht, daß die KPD die Interessen der Arbeiter**klasse**, d.h. auch der Arbeiter**frauen** vertritt und nicht die der männlichen Genossen, frage ich euch, was ihr unter Emanzipation versteht. Ihr jammert herum, daß wir Genossinnen nicht anerkannt werden, egal in welchem Bereich.

Ich meine, aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung bestehen Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Ich sehe, daß es im Moment mehr männliche Genossen gibt, die in politischer Hinsicht „mehr Durchblick“ haben als weibliche. Dagegen habe ich doch nichts, wenn diese Genossen für die Revolution arbeiten.

Das Defizit, das viele Genossinnen in Hinblick auf die Theorie haben, kann man aber nicht beseitigen, indem man z.B. die Leitungsgremien halb weiblich, halb männlich zusammensetzt. Die Beseitigung muß langfristig gesehen werden. So ist die Schulung dabei sehr wichtig, und für uns Frauen ist es wichtig, aktiv daran teilzunehmen, d.h. auch in der Familie dafür zu sorgen, daß dafür Zeit ist. Die Genossen können doch nichts dafür, daß sie mehr wissen, aber jede von uns kann etwas dafür, wenn sie sich nicht **selbst** um mehr Wissen bemüht. Dasselbe gilt für die praktische Arbeit in gewerkschaftlichen und anderen Interessengruppen (Schule, Kindergarten usw.)

Wie gut die Partei ist, hängt davon ab, wie gut **alle** Parteimitglieder sich einsetzen. Ich habe bis jetzt noch nicht erlebt, daß Genossen verhindert haben, daß sich Genossinnen aktiv betätigen. Schwierigkeiten gibt es schon häufig, in der Familie die anfallenden Alltagsaufgaben gerecht zu verteilen und beiden Partnern gleiche Möglichkeiten zu schaffen, den jeweiligen Interessen nachzugehen. Das ist aber wirklich eine Sache, die wir privat lösen müssen.

Erst mal so weit. Dann wollte ich noch darauf hinweisen, daß in Kommunistische Hefte Nr. 5 vom April 1983(!) ein Artikel vom ZK abgedruckt ist, der im Grunde die Linie der Partei in der Frauenfrage darlegt. Ich finde diese Linie nicht falsch, und wir sollten ihn jetzt bei der Diskussion doch als Grundlage nehmen, zum einen, um von dem Feind MANN wegzukommen hin zum Feind kapitalistisches System, zum anderen, um eine Orientierung zu haben, welche praktischen Aufgaben zur Zeit für uns vorrangig sind.

Zum Schluß: Ich finde, es sollte doch neu überlegt werden, ob das Thema „Zusammenhang zwischen Unterdrückung und Sexualität“ nicht zurückgestellt werden kann zugunsten z.B. dem Thema „Politische Ökonomie und Frauen“ bzw. Möglichkeiten gewerkschaftlicher Forderungen durchzusetzen oder für mehr Kindergärten usw. zu kämpfen als so eine Art Erfahrungsaustausch mit dem Ziel zu politischen Aktivitäten zu ermuntern, anzuregen, Hilfen zu geben.

B. K., Kiel

P.S.: Auf der Suche nach Informationen über Frauenarbeit in der BRD bin ich auf ein Buch gestoßen, das sich zu kaufen lohnt, wenn man sich näher mit dem Thema beschäftigen möchte: „Frauenarbeit in Bremen“ von Susanne Schunter-Klemann, 1982, Schriftenreihe des Fachbereichs Wirtschaft der Hochschule Bremen, Band 24, ISBN 3-922892-23-X (muß man da bestellen, selber oder über Buchhandel, ich habe 13,— DM bezahlt).

Das ganze bezieht sich zwar weitgehend auf Bremen, aber vieles läßt sich auch verallgemeinern.

Der erste Teil gibt Aufschluß über die Arbeitsmöglichkeiten und -bedingungen anhand von statistischen Darstellungen, Erfahrungsberichten, Zeitungsmeldungen, gesetzlichen Bestimmungen. Der zweite Teil hat zum Thema: „Staat und Frauenarbeitslosigkeit — Chancen und Grenzen der staatlichen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik“ Hier geht es um die Benachteiligung in Aus- und Weiterbildung erst recht dann in der Krise.

Im dritten Teil: „Teilzeitarbeit — Lösung oder Sackgasse? Acht Thesen zur aktuellen Diskussion“. Anschließend der Abdruck von aktuellen Materialien zur Teilzeitarbeit u.a. von HBV und DGB, Bundesregierung, Unternehmerseite. Im vierten Teil: „Mutterschaftsurlaub — Schutz oder Arbeitsmarktkosmetik“. Abdruck von Materialien dazu (relativ kurz abgehandelt). Im fünften Teil, ebenfalls kurz, „Das Gesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz“.

Im Anhang ist ein Literaturverzeichnis nach Themen geordnet: Arbeitsbedingungen und -bewußtsein von Frauen; Ausbildungs- und Beschäftigungssituation von jungen Frauen; Probleme der Doppelbelastung von Frauen; Auswirkungen neuer Technologien (Mikroelektronik) auf Frauenarbeitsplätze; Hausfrauenarbeit; Frauenarbeit im privaten Dienstleistungsbereich; Frauenbeschäftigung im öffentlichen Dienst; Frauen in leitenden Positionen; Frauen im Wissenschaftsbetrieb; Frauen ins Militär? Lohn- und Entgeltdiskriminierung; Probleme der Alterssicherung von Frauen; Materialien der Parteien zur Frauenpolitik; Materialien zur gewerkschaftlichen Frauenpolitik; Materialien zur Frauenbewegung.

Ich habe den Band erst zu einem Teil gelesen und kann Genaueres noch nicht zum Inhalt sagen, außer, daß die Richtung fortschrittlich ist. Wichtig auch: Verständliche Sprache und Erläuterungen. Vielleicht kennt Ihr das Buch ja schon. Ich würde es im RM als lesenswert für in der Frauenfrage speziell Interessierte empfehlen.

Gruß, B.

Welche Bedeutung?

Zum Leserbrief „Falscher Vorwurf“ in RM 27/28, 2.8.85

Ich finde, daß du bei deiner Kritik am RM-Artikel falsch herangehst: Du fragst nicht, ist die Kritik richtig oder nicht (ich meine, sie ist vollkommen richtig) und forderst von der KPD, daß sie öfter vom kommunistischen Standpunkt aus falsche Auffassungen in der Frauenbewegung kritisieren sollte, sondern du sagst praktisch: Die KPD muß **solange alles** in der Frauenbewegung gutheißen und loben wie sie nicht selbst in der Praxis bewiesen hat, daß sie **aktiv** die Frauenbewegung unterstützt.

Egal wie: Wenn man nach dir geht, so müßtest du den Frauengruppen der CDU, FDP, SPD, NPD mehr Bedeutung zumessen, da es die ja schon lange gibt. Wichtig ist doch die Frage, welche Interessen jemand vertritt, in welche Richtung die verschiedenen Organisationen gehen. Bei den bürgerlichen, den Parteien des Kapitals ist das ja wohl klar.

Was ist mit den Feministinnen innerhalb der Frauenbewegung und eben auch mit Alice Schwarzer? An ihrem Weg ist doch falsch, daß sie die berechtigte Empörung der Frauen über ihre diskriminierte Lage in Beruf, Haushalt, Ehe und Familie aufgreifen und dazu sagen: Alles liegt an den Männern.

Aber das stimmt eben nicht, sondern die verbreitete üble Haltung vieler Männer den Frauen gegenüber ist eine schlimme Erscheinung bzw. Tatsache, die beseitigt werden muß, **aber die Ursache** dafür liegt am **kapitalistischen System**, also müssen wir da den Hebel ansetzen, um die Voraussetzungen zu schaffen, wirkliche Gleichberechtigung für uns Frauen zu erreichen und auch Voraussetzungen, Männer und Frauen umzuerziehen. Das heißt also: gemeinsamer Kampf der werktätigen Klasse — der werktätigen Frauen **und** Männer — zur Abschaffung des kapitalistischen Systems für den Sozialismus.

Du mußt doch selbst sehen, daß die Orientierung auf den Feind Mann dahin führt, daß die Männer und Frauen, deren schlimmster Feind das Kapital ist, sich zerstreiten, anstatt zu überlegen, wie können wir gemeinsam gegen das Kapital, gegen die schlimmen Auswüchse für und kämpfen.

Und noch etwas. Glaubst du wirklich, daß diese CDU-Frauen einen Kampf gegen ihre männlichen Konkurrenten führen mit dem Ziel, dann eine bessere Politik für die Millionen werktätigen Frauen zu machen? Die Leute, die heute bei uns einflußreiche Stellungen innehaben, egal ob Frauen oder Männer, gehören zur bürgerlichen Klasse, die im kapitalistischen System Demokratie und Freiheit genießt. So auch diese CDU-Frauen. Glaubst du wirklich, daß diese Frauen unterdrückt werden? Für sie ist doch die Gleichberechtigung weitgehend verwirklicht: Sie haben genügend Geld, um mehrere Kinder zu haben, können sich Putzfrauen, Köchinnen, Erzieherinnen, Internatserziehung leisten. Sie haben eine gute Ausbildung (Abitur, Hochschule), verfügen über gute Beziehungen in Politik und Wirtschaft. Vielleicht haben sie Pech, daß sie Ehemänner haben, die sie nicht genügend anerkennen oder sich übel verhalten. Letztlich ist das aber für diese Frauen auch kein Lebensproblem, denn sie haben die finanziellen Möglichkeiten, sich scheiden zu lassen usw.

Glaubst du, daß diese Frauen etwas von den Problemen und Nöten der Millionen werktätiger Frauen verstehen? Im Gegenteil! Sie werden alles daransetzen, daß ihre Kinder nicht mit den „dreckigen, unerzogenen, ungebildeten, ja kriminellen“ Arbeiterkindern an einer Schulbank sitzen, in deren Nachbarschaft wohnen; Kontakte zu Arbeiterfrauen höchstens vom Podium aus, zur Wahlzeit mal eine Betriebsbesichtigung usw.

Es gibt eben bürgerliche und proletarische Frauen und entsprechend auch eine proletarische und eine bürgerliche Frauenbewegung, und es ist die Aufgabe der Kommunisten, die proletarische zu unterstützen.

B. Kiel

junges forum '85

Von Anfang September bis zum 2. Dezember läuft in Recklinghausen das Herbstprogramm des jungen forum '85. Soetwas Ähnliches wie die Ruhrfestspiele für die Jugend. Wir geben einen Überblick über das bunte Programm und hoffen, daß die vielen guten Produktionen nicht nur in Recklinghausen gezeigt werden. Die DGB-Jugend könnte vieles von dem, was in Recklinghausen aufgeführt wird, auch mal auf Tournee gehen lassen. Sicher nicht zum Schaden der Künstler, der Gruppen, die als fortschrittliche und linke Leute wenig Auftrittsmöglichkeiten haben, auch nicht zum Schaden der Gewerkschaftsjugend, deren Kulturarbeit sich auch nicht auf die Präsentation eines Festivals in Recklinghausen beschränken darf. Informationen, Programme, Termine und Karten bekommt man über: junges forum Ruhrfestspielhaus, 4350 Recklinghausen (Tel.: (02361) 25025 oder 15521 — montags bis freitags von 10.00 bis 17.00 Uhr).



„Revolver"

„Revolver" ist ein Theaterstück von Willi Thomczyk, das vom Theater Kohlenpott aus Herne aufgeführt wird. Diese Gemeinschaftsproduktion der DGB-Jugend, des jungen forums und vom Theater Kohlenpott erzählt die Geschichte einer Jugendfreundschaft in den sechziger Jahren, als Jugendliche noch Rebellen sein durften und die Welt verändern wollten. Zwei Jungen zwischen Power und Peace. Matte — ein John Lennon-Fan, für den Flower-Power-Widerstand — und David — ein Straßenkämpfer, mit dem Bekenntnis zum Faustrecht treffen sich nach 15 Jahren wieder...

Aufführungen, 7. 9. um 20.00 Uhr, 8. 9. um 20.00 Uhr und am 9. 9. um 11.00 Uhr eine Schulvorstellung.

„Der Sturm"

„Der Sturm" ist ein Theaterstück von William Shakespeare. Ein Märchen, das von Machtgelüsten, politischen (Mord)-Intrigen, Rache und sogar frühkolonialistischer Unterdrückung handelt. William Shakespeare vom Schlicksupp-theater-trupp für die DGB-Jugend und das junge forum in Szene gesetzt, das ist mehr als ein antiker Polit-Krimi.

Aufführungen: 21. 9. um 20.00 Uhr, 22. 9. um 20.00 Uhr und am 23. 9. um 11.00 Uhr eine Schulvorstellung.

„African dance night"

Die „Arican dance night" ist der Höhepunkt des Afrika-Schwerpunktes. Es geht schon am Nachmittag mit einem Workshop *„Trommeln und Tanzen"* mit Nokoko ye aus Westafrika los, am Abend dann neben Nokoko ye noch Bonga Kuenda mit seinem Programm „Africa goes to Brasil".

Dann gibt es noch ein Seminar der Volkshochschule Recklinghausen zu Südafrika: *„Ende der Apartheid"* und die zur Zeit wohl bedeutendste Fotoausstellung zu Südafrika, die es in der Bundesrepublik gibt: *„Nichts wird uns trennen"* mit 193 Arbeiten von 27 Fotografen, die mit einer Ausnahme alle in Südafrika leben und sich in ihren Bildern mit der Politik der Rassentrennung auseinandersetzen.

„African dance night" und das Workshop am 19. Oktober, Wochenendseminar 19. und 20. Oktober und die Ausstellung läuft vom 19. Oktober bis zum 1. November.

„Voll auf der Rolle"

„Voll auf der Rolle" ist ein Theaterstück der bekannten Jugendbuchautorin Leonie Ossowski für Menschen ab 14 Jahren. Das Stück ist eine Montage von Vorgängen aus Vergangenheit und Gegenwart. Es zieht thematische Parallelen zwischen der Judenverfolgung im Nationalsozialismus und der Ausländerfeindlichkeit von heute. Aufgeführt wird das ganze von der Theatergruppe „Ömmel und Oimel" aus Köln.

Aufführungen: 28. 10, 29. 10 und 30. 10 jeweils 11.00 Uhr Schulvorstellungen.

„Spectaculum '85"

„Spectaculum '85" ist ein Kulturfest mit der *„Vogelsand"* Theatergruppe aus Hamburg, den Musikclowns *„De nieuwe Snaar"* aus Belgien, der Münchener Kabarettrevue *„Blackout"* und *„Just in time"*, Calefornia sunny feeling music, Marl und natürlich der Gewerkschaftsjugend Recklinghausen. Geheimtip des großen Abends, *„Blackout"* und seine dröhnende Epochenschau *„Im Land des Hechelns"*. Am 9.11. ab 18.00 Uhr.

„Pedro und der Hauptmann"

„Pedro und der Hauptmann" ist ein Stück des im Exil lebenden uruguayischen Autors Mario Benedetti. Es geht um eine psychodramatische Auseinandersetzung zwischen Opfer und Folterer. Die Aufführung vom Stadttehater Aachen in Zusammenarbeit mit amnesty international ist bei der Uraufführung in Aachen zu einem großen Erfolg geworden.

Dieses Stück Benedettis ist nicht der einzige Programmpunkt zu Lateinamerika. Es gibt noch ein Wochenendseminar mit dem Thema: *„Nicaragua, zur aktuellen Lage eines Landes im Umbruch"*, und eine Veranstaltung *„Filme und Lieder aus Nicaragua"* mit William Agudelo, Gesang und Javier Alonso, Guitarre.

Termine: Pedro und der Hauptmann, 10. 11 um 20.00 Uhr, 11. 11 um 11.00 Uhr Schulvorstellung. Das Wochenendseminar ist am 9. und 10. 11., Filme und Lieder aus Nicaragua kann man am 16. 11. um 20.00 Uhr erleben.

„ZART an der Grenze"

„Zart an der Grenze" ist eine Wochenendveranstaltung zu Zukunftsperspektiven von Mädchen und jungen Frauen, vom jungen forum in Kooperation mit der Volkshochschule und dem DGB-Kreis Recklinghausen.

Am ersten Tag geht es mit Musik los, auftreten werden die Formierung *„Kanten"*, die *„Gina-Livingstone-Band"* und *„Milli und Molli"* ausschließlich weiblich, versteht sich. Am Sonntag geht es mit einem Künstlerinnenfrühstück los und dann stellen sich die folgenden Projekte vor: *„Die kleine Hexe"* ein Mädchenzeitung aus Berlin, der *„Frauenkulturverein e. V. Münster"*, die *„Motorradhexen"*, eine bundesweite Vereinigung motorradfahrender Frauen und die *„Mädchengruppe Hochlarmark Recklinghausen"* — Arbeitsgruppen gibt es zu Themen wie *„Beziehungskiste"*, *„Mütter — Töchter"*, *„Neue Technologien und Frauenarbeitsplätze"*, *„Rollenklischees in Schulbüchern"*, *„Ausländische Mädchen"* und *„Sexualität"*. Danach große Diskussion.

Am 23. und 24.11., Beginn Samstag um 15.00 Uhr.

„Mercedes"

„Mercedes" von Thomas Brasch ist ein Stück über das Lieblingskind der kapitalistischen Gesellschaft, das Auto. Das Stück in der Inszenierung des Renaissance Theaters Berlin geht aber auch über Liebe und Sehnsüchte, um Arbeitslosigkeit und ihre zerstörerische Wirkung auf das Denken und Fühlen von Menschen.

Aufführungen: 1. 12. um 20.00 Uhr, 2. 12. um 11.00 und 20.00 Uhr.

SPENDET!

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir müssen Euch (mal wieder) um Spenden angehen. Die Finanzierung des RM und der gesamten Parteiarbeit ist uns nicht nur aus den Verkaufserlösen und den (immer noch hohen) Beiträgen möglich. Trotz erneuter Einsparungen beim Druck läge auch heute ein kostendeckender Preis für den RM bei weit über 2,— DM. Ein Preis, der sich politisch gar nicht vertreten läßt.

Im Rahmen der Finanzpläne 84 und 85 haben wir beim zentralen Apparat alles eingespart, was uns möglich und ohne wesentlichen Schaden für die Öffentlichkeitsarbeit der Partei machbar erschien. Nach wie vor vorhandene Lücken im Finanzplan 85 können wir aber nicht durch erneute Rationalisierungen schließen. Um über die Runden zu kommen, sind wir auf Euer Engagement und Eure Spendenbereitschaft angewiesen. Also: Wem die Stärkung der KPD und revolutionärer Arbeiterpolitik nach wie vor oder mehr denn je am linken Herzen liegt, den bitten wir um Überweisungen auf: KPD, 4600 Dortmund 30

Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto.-Nr. 321004547 Postgiroamt Dortmund, Kto.-Nr. 6420-467

Spenden für die KPD könnt Ihr von der Lohnsteuer absetzen:

Seit 1984 gelten neue Richtlinien über die Abzugsfähigkeit von Beiträgen und Spenden an politische Parteien. Was ist geändert? 1. Das Finanzamt erstattet euch von euren Beiträgen und Spenden bis zu einer Höhe von 1200,— DM (Ledige) und 2400,— DM (Verheiratete) 50 Prozent beim Lohnsteuerjahresausgleich bzw. bei der Einkommensteuererklärung. Wie gesagt, ihr bekommt 50 Prozent eurer Spenden wieder! 2. Oder mehr. Wenn ihr mehr als 1200,— DM bzw. 2400,— DM gezahlt habt, so könnt ir den Differenzberag zu 1200,— DM bzw. 2400,— DM noch einmal von eurem zu versteuernden Einkommen absetzen. Dies wirkt sich in echtem Geld so aus, daß ihr je nach Höhe eures Einkommens zwischen 10 und 35 Prozent der Spenden bzw. Beiträge vom Finanzamt ersetzt bekommt.

VORANKÜNDIGUNG
KJD-Seminar Süddeutschland
13. bis 15. September bei Augsburg
Thema: Solidarität mit Nicaragua
Reiseberichte — Film — und eine politische Aktion vor Ort
Teilnehmergebühr: 25,— DM
Anmeldungen an: KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Parteibüros der KPD
und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr,

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel** 1, KPD, Rendsburger Landstr. 9, Tel.: (0431) 642110, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo u. Fr. 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

KPD Saar: 6685 **Heiligenwald**, Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

Sektion Westberlin: 1000 **Berlin** 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474